

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, vom der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Druckband bezogen für Deutschland und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zuzüglich Postumschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 8-9.

Die achtseitige Anzeigenliste ober deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Steuerzuschlag. Keine Anzeigen: Das freigelegte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerzuschlag. Ausland-Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das freigelegte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Druckerei: Zentrum Nr. 15230-15239

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Ein neuer Hohenzollernskandal

Vor einigen Tagen berichteten mehrere bürgerliche Blätter, daß das preussische Finanzministerium die an der polnischen Grenze gelegenen Herrschaften Flatow und Krojanke, sowie die Güter Düppel-Dreilinden und Saarm und in staatliche Verwaltung übernommen habe. Die Güter seien Eigentum des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen, das Finanzministerium hätte ohne Recht in die Eigentumsverhältnisse des Prinzen eingegriffen und außerdem noch das Entmündigungsverfahren gegen ihn beantragt. Das Finanzministerium hat nunmehr ein umfangreiches Material der Öffentlichkeit unterbreitet, aus dem zunächst aufs neue bestätigt wird, daß die deutsche Regierung mit den Hohenzollern viel zu sanft verfahren ist und ihnen bisher Gelegenheit gelassen hat, ungeheure Werte, die dem Volke gehören, ins Ausland zu verschleppen und dort zu verschwenden. Es zeigt sich weiter, daß das Vorkommen in der Familie Hohenzollern sich nicht auf den früheren Träger der kaiserlichen und königlichen Krone beschränkt, sondern daß es auch bei deren Mitgliedern dieser Familie anzutreffen ist. Wir geben aus dem Material das Wesentliche wieder; man wird bald sehen, daß die bürgerliche Presse keine Lorbeeren mit ihren Angriffen auf das Finanzministerium ernten kann.

Durch eine Verordnung vom 30. November 1918 wurde das Vermögen der Familie Hohenzollern oder das, was sie dafür hielt, beschlagnahmt. Später überließ man die jetzt in staatliche Verwaltung übernommenen Güter dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen zu eigener Verwaltung, da ihm angeblich auf Grund eines Testaments des früheren Königs Friedrich Wilhelm III. Eigentumsrechte darauf zustanden. Es stellten sich aber später starke Zweifel an diesem Verfügungsrecht heraus, und da auch der Prinz nur das Interesse hatte, möglichst viel aus den Gütern herauszuholen, um übrigen aber dort eine Miswirtschaft, sondersgleichen Herrschaft, unter denen vor allem die Angestellten zu leiden hatten, so wurde eine Nachprüfung der Verhältnisse unternommen, die jetzt in die staatliche Verwaltung endete. Aus einem Brief, den das Finanzministerium am 1. November 1920 an den Prinzen richtete, entnehmen wir folgendes:

Der Prinz hat eine große Anzahl sehr wertvoller Kunstgegenstände und Altertümer aus den Besitzungen entnommen und ins Ausland schaffen lassen. Es wird außerdem eine sehr wertvolle Sammlung von Edelsteinen vermisst. Seit dem November-Umsturz hält sich der Prinz in Lugano auf, dort verbraucht er ungeheure Summen. In einem Jahre hat er allein eine Million Schweizer Franken Schulden gemacht, die bei dem heutigen Kursstande etwa 12 Millionen Papiermark ausmachen. So gut es sich der Prinz selbst gehen ließ, so schlecht war es um seine Beamten und Angestellten auf den Gütern bestellt. Es heißt darüber in dem Brief:

Es ist mir keine Verwaltung bekannt, in welche die Beamten und Angestellten so schlecht bezahlt werden, wie in der Ihren. Einmalig der sehr geringen und erst in sehr später Zeit zugeständenen Teuerungszuschläge, welche seit dem Oktober d. J. auf meine Anordnung laufend um 150 Prozent erhöht sind, bezieht beispielsweise Ihr bestellter Offiziant ein Einkommen, das etwa nur 50 bis 60 Prozent des Existenzminimums ausmacht. Das sind Beträge, mit denen Familienväter ihre Familie schlechterdings nicht ernähren können. Gleichwohl haben Ihre Beamten bei Ihnen ausgehalten und es ist bei dieser Sachlage erstaunlich, wie wenig Eigentumsvergehen bisher vorgekommen sind.

Wie es scheint, halten Sie sich neuerlich für berechtigt, Beamte, auf deren Tätigkeit Sie nunmehr glauben verzichten zu können, einfach zu entlassen. Sie übersehen dabei, daß Sie die Beamten mit Anwartschaft auf Pension angestellt hatten und daß Sie ihnen mit Rücksicht auf diese Pension schon in langen Friedensjahren Gehälter gezahlt haben, für die niemand in freiem Arbeitsvertrage eine Stellung bei Ihnen angenommen hätte. Sie übersehen ferner dabei, daß Sie mit Rücksicht auf die in Friedenszeit auch überlebens anerkannte Pensionsverpflichtung von jeglichen Beiträgen zu Krankenkassen, Alters- und Invalidenversicherungen für Ihre Angestellten befreit gelassen sind. Jetzt aber halten Sie es für angezeigt, Ihre langjährigen Diener, die größtenteils in einem Lebensalter stehen, das ihnen, zumal bei den Verhältnissen des heutigen Arbeitsmarktes, das Ergreifen eines neuen Berufs unmöglich macht, nunmehr einfach protlos zu machen.

Am 1. Dezember hat nun das Finanzministerium beim Oberstaatsanwalt des Landgerichts Potsdam einen Antrag auf Entmündigung des Prinzen wegen Geisteschwäche gestellt. Der Antrag beruht auf zwei Gutachten über den Geisteszustand des Prinzen aus dem Jahre 1917, über die eine hinreichende Grundlage über die Einleitung des Entmündigungsverfahrens geboten hätten, das aber auf Wunsch des vormaligen Königs nicht durchgeführt worden sei. Es werden nunmehr eine Reihe von Tatsachen mitgeteilt, aus denen zu schließen sei, daß der Prinz nicht die nötigen geistigen Fähigkeiten besitze, seine Angelegenheiten zu besorgen.

Die Sekretärin des Prinzen hat ausgesetzt, daß aus dem Dreispalms in der Wilhelmstraße zu sehr niedrigem Preise Möbel verkauft worden seien. Im Januar 1920 habe sie dem Prinzen Friedrich Leopold ein Schreiben mit einem Scheck über 400 000 Mark erhalten, den sie im Bankhaus Jaquiers und Secourius einlösen sollte. Das Geld hat sie dann bei dem

#### Internationale sozialistische Demonstration am 13. März

Die Wiener Konferenz der sozialistischen Parteien hat zu der Frage der Wiedergutmachung folgende Resolution angenommen:

„Die Konferenz hat die möglichen Folgen der Pariser und der Londoner Staatenkonferenzen untersucht und nimmt die Kundgebungen der U. S. P. D., der I. L. P. Englands, der französischen sozialistischen Partei und des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Kenntnis, welche bezogen, daß jede dieser Organisationen sich bereits mit der Frage beschäftigt hat.

Desgleichen nimmt sie den Vorschlag der französischen Partei zur Kenntnis, zum Zwecke der gründlicheren Prüfung der Frage der Wiedergutmachung eine gemeinsame Besprechung der drei Parteien Deutschlands, Englands und Frankreichs abzuhalten.

Sie betrachtet als unerlässliche Bedingung der Wiedergutmachung die Internationalisierung der Kriegsschulden und die Verpflichtung der vom Kriege weniger heimgegriffenen oder von ihm verschont gebliebenen Länder, ihre Hilfsquellen den verarmten oder verwüsteten Ländern zum Wiederaufbau ihrer Produktion und Konsumkräfte zur Verfügung zu stellen.

Die Konferenz stellt die Unfähigkeit der kapitalistischen Regierungen fest, die durch den Krieg aufgeworfenen Probleme zur Lösung zu bringen. Sie warnt die Arbeiterklasse aller Länder vor den Methoden der Hege und Ausbeutung der Massen, die die Regierungen und die chauvinistische Presse anwenden.

Die übermäßigen, ja unerfüllbaren Forderungen des Ententeimperialismus und der Mißbrauch der durch sie hervorgerufenen Leidenschaft, den die konterrevolutionäre Bourgeoisie Deutschlands betreibt, drohen die Krise zu verschärfen und einen neuen blutigen Zusammenstoß heraufzubehämmern.

Die Entwaffnung der deutschen militärischen Organisationen (Ordnung usw.) entspricht sowohl den Interessen des Proletariats als auch den Erfordernissen des Friedens. Aber die Entwaffnung Deutschlands allein vermag nicht alle Kriegsgefahren zu bannen, wenn ihr nicht die allgemeine Abrüstung in allen Ländern folgt.

Demzufolge fordert die Konferenz die sozialistischen Parteien auf, Versammlungen und Kundgebungen zu veranstalten:

Gegen jede gewalttätige Lösung der durch den Krieg aufgeworfenen Probleme; gegen alle Bestimmungen, die das Elend und die Anechtung der deutschen

Arbeiter im selben Maße verschärfen müssen, als sie den Arbeitern der anderen Länder eine verhängnisvolle Konkurrenz schaffen würden;

gegen den Militarismus und die Wiederkehr eines neuen Blutbades;

zur Bekräftigung des Friedenswillens der Arbeiterklasse; für die allgemeine Revision der Friedensverträge; für das Selbstbestimmungsrecht der Völker; für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nach den Grundsätzen internationaler Solidarität.

Die Konferenz beschließt, daß die erste dieser Kundgebungen am 13. März in allen großen Städten stattfinden hat. Sie ruft das internationale Proletariat für den 1. Mai zu Kundgebungen für die gleichen Ziele, insbesondere für die allgemeine Abrüstung und für die Revision der Friedensverträge auf.

In Ausführung dieses Beschlusses der Wiener Konferenz hat das Zentralkomitee unserer Partei die Arbeiterklasse im ganzen Reiche aufgefordert, sich an der großen internationalen Kundgebung am 13. März zu beteiligen. Die Versammlungen in Berlin finden Sonntag vormittag 9 1/2 Uhr in folgenden Lokalen statt:

- Germania-Festsaal, Chausseest. 110
- Moabiter Gesellschaftshaus, Wicteffstraße
- Pöhl-Theater, Badstr. 58
- Armin-Hallen, Kommandantenstraße
- Prachtstraße Alt-Berlin, Blumenstr. 10
- Neukölln: Kleins Festsaal, Hasenheide 13-15
- Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstraße
- Schöneberg: Schwarzer Adler, Hauptstr. 144
- Lichtenberg: Café Bellevue, Am Bahnh. Strauß-Rummelsburg

Nach den Versammlungen findet um 12 1/2 Uhr im Lustgarten eine Demonstration statt.

**Arbeiter, Angestellte, Frauen und Mädchen, erscheint in Massen in diesen Versammlungen!**

**Sorgt für Massenbesuch der Kundgebung!**

**Kein Berliner Arbeiter, keine Arbeiterfrau darf fehlen!**

**Es geht um das Schicksal der deutschen, der internationalen Arbeiterklasse!**

(Treffpunkte der Distrikte siehe Beilage.)

Kaufhaus Köhler in Singen abgegeben, von dort wurde es heimlich über die Grenze geschafft. Denselben Weg nahm ein Brief des Justizrats Lubichowski, des Vertreters des Prinzen, worin die äußerst mißliche Vermögenslage des Prinzen geschildert und insbesondere die mehrere Millionen betragenden Schulden bei der Dresdner Bank hervorgehoben wurden.

Ein Angestellter, der seit dem Jahre 1880 im Dienste des Prinzen steht, sagte aus: „Der Prinz hatte anscheinend ein großes Vergnügen daran, wenn er einen seiner Angestellten durch schwere Getränke berauschen konnte. So mußte ich fast allabendlich in seinem Zimmer an einem besonderen Tisch sitzen spielen, wobei ich dauernd zum Trinken genötigt wurde. Es ist vorgekommen, daß ich manchmal Abend 2 bis 3 Flaschen Sekt auf Befehl trinken mußte. Wenn trotz seines Drängens und Anmierens ich mit Rücksicht auf meinen Gesundheitszustand die genannten Quantitäten nicht zu mir nehmen wollte, drohte der Prinz, indem er sagte: „Bedenken Sie, daß Sie noch nicht 10 Jahre hier sind. Sie trinken nicht etwa zu Ihrem Vergnügen, sondern Sie trinken zu meinem Vergnügen.“

Mit einem anderen Angestellten verfuhr der Prinz ähnlich. Wir hören aus dessen Aussage noch folgendes: „Während der Kriegszeit, als alle Lebensmittel bereits knapp wurden, mußten die Hunde des Prinzen mit allerlei menschlicher Nahrung gefüttert werden. Reis wurde jeunterweil durch den Hofmarschall v. Donop angekauft, verstreut gehalten und mit Fleisch gelocht den Stallhunden gereicht (7-8 Hunde). Die Hunde in der persönlichen Umgebung des Prinzen mußten auf Befehl besser gefüttert werden, d. h. sie erhielten gebratene Schweineköpfe, Sahneknäuel, Kalbskoteletten usw., überhaupt nur das beste Fleisch. Die Hunde, insbesondere sein Lieblingshund Tom, waren durch diese überreiche Nahrung derart überfüttert, daß sie die vollen Futternapfe stehen ließen. Dem Lieblingshund Tom mußte ich dann die gebratenen Sahneknäuel in das Maul stopfen. Ganz abgesehen davon, daß diese Hundeernährung auch in einer Zeit fortgesetzt worden ist, als das deutsche Volk durch den langen Krieg bereits hungrig und darbd, ist es mir bei der Hundefütterung immer wieder zum Bewußtsein gekommen, daß der Prinz hier weniger Interesse an der guten Fütterung der Hunde hatte, als vielmehr daran, mir zu zeigen, daß ihm sein Hund lieber war, als seine Angestellten.“

Aus der Aussage eines Angestellten, der Garderobier und Fricoleur des Prinzen war, erfahren wir, daß der Prinz fast täglich betrunken war. Wiederholt ist es vorgekommen, daß er im Alkohol-

rausch umfiel und ins Bett getragen werden mußte. Die Angestellten wurden von ihm dauernd beschimpft und gequält. Es fielen Ausdrücke wie die folgenden: „Dämliches, dreißiges, deutsches Lumpengesindel, das ich mir halten muß, ich warte bloß auf die Gelegenheit, einem die Hirnschale einzuschlagen, und zwar noch weicher wie Pfauenmus.“ Hinterlistiges, dreißiges, freches Lumpengesindel, das ist keine Dienerschaft, das ist Drecksdienerchaft, die meine Kiree trägt, vom ersten bis zum letzten, dieses hinterlistige Schweinepad.“

Aus den Aussagen eines vierten Angestellten entnehmen wir, daß der Prinz einen Diener, der an galoppierender Schwinducht zugrunde ging, solange zum Trinken zwang, bis er bewußtlos fortgeschafft werden mußte. Ein anderer Diener, der gleichfalls schon tot ist, wurde unter Beschimpfung und Drohung vom Prinzen gezwungen, in das an das Ankleidezimmer grenzende Badezimmer zu gehen, und von dort aus auf allen Bierern in das Ankleidezimmer zu kriechen. Vorher mußte er Laute ausstoßen, die man nur von einem Hunde zu hören gewohnt ist. Nach dem Wiff des Prinzen mußte er dann wie ein Hund ins Ankleidezimmer kriechen, dort die Mantel eines Hundes nachahmen und aus einem mit Fleisch gefülltem Gefäß, das auf dem Fußboden stand, — „fressen“.

Am 15. Dezember 1920 ist in amtlicher Vericht dattiert, den das Finanzministerium aus Lugano erhielt. Der Prinz, dessen Eltern gleichfalls dort leben, hat zuerst etwa ein Jahr in einem der teuersten Hotels gewohnt. Dann kaufte er das Besitztum „Fadorita“. Er zahlte dafür 300 000 Franken, verkaufte davon für etwa 100 000 Franken Terrain und verbrauchte in Haus und Garten mindestens rund 300 000 Franken. Dem Baumeister schuldete er noch 164 500 Franken. Eine alte Baronin Carrini führt mit etwa einem Duzend Diensthofen das Haus. Es wurden zwei Luxusautomobile gehalten. Auf eins schuldete man noch über 20 000 Franken und auf die Möbel 31 228,95 Franken.

Der Vater hat mit seiner Gemahlin n. Montalbano-Gentilino bei Lugano ein einfaches Landhaus gemietet, gleich einen kostspieligen Umbau vorgenommen und den ganzen Besitz dann für angeblich 300 000 Franken käuflich an sich gebracht. Er wohnt mit seiner Gemahlin in Montalbano mit sieben weiblichen und fünf männlichen Diensthofen und führt persönlich ein zurückgekommenes Leben. Der Sohn dagegen gibt sich den raffiniertesten Luxusvergnügungen hin und verbraucht dafür ungeheure Summen. Fortwährend kommt es zu Streitigkeiten zwischen der prinzipalen Familie und der Dienerschaft. Der schweizerische Friese

benötigt selbst erzählt, es sei ihm sehr nahe gegangen, mit einer älteren Dame „so hohen Standes“, wie eine Prinzessin von Preußen, solche Verhandlungen zum Schutze ihrer Diensthofen führen zu müssen.

Raumangel verhindert uns, das ganze sehr interessante Material über diesen Fall wiederzugeben. Aber auch schon aus diesen Proben kann man sich ein Urteil darüber erlauben. So wie dieser Prinz es treibt, so treiben es noch andere aus seiner Sippe, wie zahllose Angehörige der Adelskaste überhaupt.

Und nicht nur diese Klasse! Was sich hier in den primitiven Formen einer Hohenzollernschen Karreie zeigt, das ergibt sich mit derselben Deutlichkeit, wenn wir das ganze System betrachten, auf dem die heutige Gesellschaft beruht. Eine kleine Klasse von Besitzenden, die durch Raub, Unterdrückung und Ausbeutung zu ihren Vorrechten gekommen ist, führt ein Drogenleben auf Kosten der breiten Masse des Volkes. Deshalb darf sich die Empörung über solche Zustände nicht auf Einzelfälle von der Art derer des Hauses Hohenzollern beschränken, sondern sie muß umschlagen in die Erkenntnis, daß nur die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt die Beseitigung solcher Zustände bringen kann.

## Die nationale Einheitsfront in Sachsen

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Dresden, 11. März.

Im sächsischen Landtag hatte der Präsident eine Erklärung abgegeben, die die nationale Einheitsfront angesichts der bedrückten Lage Deutschlands fordert. Der Präsident verkündete, daß die Mitglieder des Landtags sachlich zu ihrer Stellung nehmen könnten. Er weigerte sich, das Wort zu dieser Erklärung oder zur Geschäftsordnung zu erteilen. Die U. S. P. Fraktion konnte nach langen Beratungen des Kammerpräsidenten, in denen sie gegen diese Praxis, die allerdings von der Mehrheit des Kammerpräsidenten gebilligt wurde, ganz entschieden protestierte, folgende Erklärung abgeben:

Der Vorklaut der Rede des Herrn Präsidenten war weder mit den Parteien vereinbart noch den Fraktionen vorgelegt worden. Sie sei eine private Meinungsäußerung des Präsidenten, für die wir jede Verantwortung ablehnen. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir uns weniger energisch gegen die Gelüste des Ententekapitalismus wenden. Wir erkennen die Verpflichtung Deutschlands, an einer Wiedergutmachung der Kriegsschäden und an dem Wiederaufbau der Wirtschaftsbeziehungen nach Kräften mitzuwirken an. Mit der gleichen Entschiedenheit lehnen wir es ab, die Interessen des deutschen Volkes mit denen seiner kapitalistischen und chauvinistischen Ausbeuter im eigenen Lande zu identifizieren. Wir lehnen es ab, uns bei der Abwehr der ungerechten Forderungen und brutalen Vergewaltigungsversuche des Ententekapitalismus mit den Parteien in eine Reihe zu stellen, die durch ihre von eigenem Profitinteresse diktierte Kriegspolitik mindestens zu einem großen Teil mitschuldig sind an der Not und all dem Elend, die jetzt mit aller Schwere auf der Kulturmenschen lasten und die Lage des deutschen und des internationalen Proletariats, auf den denkbar tiefsten Stand herabgedrückt haben. Wir vertrauen nicht auf eine Einheitsfront mit den kapitalistischen Widersachern der Arbeiterklasse. Wir stehen in der Einheitsfront der Arbeiter aller Länder gegen die Front des internationalen Kapitalismus die einzige Möglichkeit, einen gerechten Ausgleich zwischen den Völkern herbeizuführen und durch ihn den Auf- und Ausbau eines im Interesse der Allgemeinheit organisierten Wirtschaftssystems die Reiden der Kulturmenschen zu heilen.

Die Kommunisten protestierten ebenfalls gegen den nationalistischen Hummel und empfahlen die Beseitigung der Bourgeoiseregierungen und ein Truhbündnis mit Sowjetrußland. Die Rechtssozialisten protestierten mit Entzückung gegen die Entente und erklärten, die Führung der deutschen Arbeiterklasse übernehmen zu wollen. Die landesherrliche Erklärung fand lebhafteste Unterbrechung auf der linken Seite.

Auch im sächsischen Landtag zeigte es sich, daß nur die U. S. P. Fraktion die Situation grundsätzlich zu beurteilen imstande und gewillt ist, aus ihr die nötigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Bei der Beratung des U. S. P. Antrages, den 1. Mai und den 9. November als gesetzliche Feiertage festzusetzen, erklärte Ministerpräsident Bud, die sächsische Regierung habe bereits einmal in dieser Angelegenheit ohne Erfolg bei der Reichsregierung eingeworfen versucht. Der Antrag entfiel auf eine lebhafteste Debatte, in der besonders der deutschnationale Abgeordnete Grollmann hohe Töne sand. Unter anderem sagte er, es sei bedauernd für den Tiefstand des deutschen Parlamentarismus, daß jeder Regel von der Strafe aufgenommen würde. Unter Genosse Müller gab ihm eine gehörige Abfuhr. Durch eine Zufallsmehrheit der Bürgerlichen wurde der Antrag abgelehnt.

Ebenfalls durch eine Zufallsmehrheit wurde bei Beratung des Abänderungsantrages über die Befoldung der Staatsbeamten ein Antrag der Bürgerlichen angenommen, wonach die Kinderzulagen für die Beamten bis zum 21. Jahre gewährt werden sollen. Unsere Fraktion hatte sich dagegen erklärt, weil sie den Standpunkt vertritt, daß die Kinderzulagen überhaupt unberechtigt sind, vielmehr eine durchgreifende Hilfe für alle Arbeiter und Beamten angeordnet werden muß. Sie ist der Meinung, daß die Befoldungspolitik des Reiches von uns nicht mitgemacht werden kann, da sie eine Ungerechtigkeit gegen die anderen Volksschichten darstellt.

## Bayern läßt sich nicht entwaffnen

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 11. März.

Der bayerische Ministerpräsident beschäftigte sich heute mit der Entwaffnung und der Auflösung der bayerischen Einwohnerwehr. Nach dem Ministerrat nahm die Regierung mit den Fraktionsführern der Koalitionsparteien Fühlung. Man einigte sich dahin, in Berlin auf eine Vertagung der Behandlung des Entwaffnungsgesetzes hinzuwirken; der bayerische Gesandte in Berlin erhielt von der Münchener Regierung Weisung, in diesem Sinne tätig zu sein. Die bayerische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß eine neue Situation gegeben sei. Nachdem in London die Pariser Beschlüsse von den deutschen Delegierten nicht angenommen wurden, bestreite auch keine unbedingte Notwendigkeit, die Entwaffnung durchzuführen. Die Regierung wolle von dem Entwurf des Entwaffnungsgesetzes erst Kenntnis haben, um dann mit der Reichsregierung vor seiner Beratung im Reichsrat Fühlung nehmen zu können. Nach dem bisherigen Gehorsam der Reichsregierung gegenüber den Befehlen der Regierung wolle, ist anzunehmen, daß die Beratung des Entwaffnungsgesetzes vertagt wird. Die bayerische Regierung scheint entschlossen, für den Fall, daß die Entwaffnung trotzdem angeordnet wird, auf ihrem bisherigen ablehnenden Standpunkt unter allen Umständen zu beharren.

## Kriegsschuldklauereien

Wie die Künste der deutschen Diplomatenfraktion Deutschland jahrelang vor dem Krieg auf den Fohlerhemel hantelte, wie sie es in den kritischen Juni- und Juliagen 1914 so trefflich in die Weltkriegsflammen hineintrieb, so sind sie auch jetzt wieder mit unheilvollem Erfolg dabei, die deutschfeindliche Stimmung des Auslandes für alle Zeit lebendig zu halten. Der Untersuchungs-

ausschuß, der zur Prüfung der Kriegsschuldfragen eingesetzt war, hält es für notwendig, in dieser Stunde vor aller Welt festzustellen, daß die österreichischen und die deutschen Kriegsmobilisierungsbeschlüsse später erfolgt seien, als die der verschiedenen Ententemächte. Wenn damit die Kriegsschuld von den Schultern der deutschen Hauptlinge der imperialistischen Kreise abgewendet werden soll, muß man schon sagen, daß es um die Unschuldsbeweise trostlos bestellt ist. Zunächst kommt es nicht darauf an, wer zuerst die Mobilisierung verkündet, sondern darauf, wo die Spannung, die schließlich zur Mobilisierung und zum Kriege führen muß, hergubehört. Daß das Habsburgische Oesterreich-Ungarn unter voller Billigung, ja unter passiver und aktiver Ermunterung Deutschlands Serbien durch sein verbrecherisches Ultimatum vor die Frage stellte, Krieg oder Verzicht auf politische Existenz, wird doch wohl niemand bestreiten wollen. Deshalb mutet es geradezu lächerlich an, wenn der Untersuchungsausschuß konstatieren zu müssen glaubt, daß z. B. die deutsche Mobilisierung 20 Minuten später anbefohlen wurde, als die Frankreichs.

Mit solchen Mäßen kann der Untersuchungsausschuß keine Ehre einlegen. Wohl aber besteht die Gefahr, daß damit die französischen und englischen Arbeiter, die sich jetzt in erfreulich großen Massen nicht nur aus der nationalistischen Wuthebe befreien, sondern mit allen Kräften gegen alle chauvinistischen Rassenführungen und Verwirrungskünste Front machen, wieder den nationalistischen Bauernführern in die Arme getrieben werden.

## Die Lage in Kronstadt

Sinowjew der Verderber des russischen Proletariats.

DE. Teriofi, 11. März.

Das Bombardement Kronstadts dauerte die ganze Nacht vom 9. auf den 10. März an. Ein Teil der Geschütze der Küstenfestung Krasnaja Gorka ist außer Betrieb gesetzt und auch das Fort Tobitschen schwelgt. Tagsüber hielt die gegenseitige Beschließung an. Die Geschütze von Kronstadt haben die Verkehrsstraße zwischen Krasnaja Gorka und Oranienbaum zerstört. Auf dem jenseitigen Ufer ist die Verbindung zwischen Petersburg und dem Fort Tobitschen unterbrochen. Die Stimmung in Kronstadt ist standhaft. Die Fabrikschloße rauchen.

Wie die „Krasnaja Gajeta“ meldet, traten auf einer aus Anlaß der Vorgänge in Kronstadt einberufenen gemeinsamen Sitzung des Petersburgers Sowjets und der Gewerkschaften eine Reihe von Arbeitern der Anklage Sinowjews entgegen, daß der Zustand von Kronstadt weißgardistischen Ursprungs sei. Diese Redner sagten, daß die Ursache der jüngsten Ereignisse im Hunger und in der Politik der Sowjetregierung liege. Es wurde seitens der Redner eine heftige Kritik an Sinowjew geübt, obwohl Kassin sich bemühte, den ungünstigen Eindruck der Rede Sinowjews zu mildern.

Unter der Arbeiterklasse werden fortgesetzt Proklamationen gegen die Sowjetregierung verbreitet. Am 9. fanden in Petersburg Stadteil Waffensitzungen wiederum Strafanstellungen statt, es ist jedoch dabei zu keinen Zusammenstößen mit den Jäglingen der roten Kriegsschiffe gekommen. Die aus Zentralrußland einlaufenden Nachrichten über dortige Zustände und die Ermordung führender Kommunisten lassen sich nicht auf ihre Richtigkeit prüfen. Die Lebens- und Heilmittelversorgung verschlimmert sich von Stunde zu Stunde.

Das russische Zentral-Exekutivkomitee hat einen Aufruf über die Militarisierung der Eisenbahnen und die Einführung des Kriegszustandes auf den Eisenbahnen erlassen.

## Die Schwierigkeiten der Preisabgabe

U. London, 11. März.

Ein Aufsatz der „Times“ über die Abgabe von 50 Prozent des Einfuhrpreises deutscher Waren in den alliierten Ländern gibt die Ansichten der englischen Geschäftswelt zu dieser Maßnahme wieder. Die Abgabe wird nach diesem Blatt in der Weise vor sich gehen, daß die deutschen Kreditoren für 50 Prozent ihrer Forderungen eine Quittung vom Schahamt des Importlandes erhalten werden. Die „Times“ weisen darauf hin, daß die Möglichkeit bestehe, daß der deutsche Exporteur sich weigert, mit 50 Prozent seiner Forderungen zufrieden zu sein und deshalb auch die Lieferung seiner Waren verweigern wird. Der englische Kaufmann kann dadurch in Unannehmlichkeiten kommen, besonders dann, wenn er auf Grund der früher in Deutschland getätigten Abschlässe die noch nicht gelieferten Waren im Inlande oder an andere Märkte bereits wieder verkauft hat. Nach der „Times“ ist die Möglichkeit besonders zu berücksichtigen. Viele englische Importeure haben deshalb auch bereits aus eigener Initiative ihre in Deutschland ausgegebene Bestellung rückgängig gemacht und die Beträge in März, mit denen sie sich versehen hatten, wieder veräußert.

Eine weitere Schwierigkeit sei die folgende: Die Kaufverträge sind meistens schon in März abgeschlossen. Welchen Betrag wird nun der englische Importeur an das Schahamt seines Landes zahlen? Man erwartet, daß die Einzahlung der 50 Prozent zu dem Kurs erfolgen wird, zu dem der Importeur seine Ware gekauft hat. Sollte aber die Schwierigkeit dieser Methode zu groß sein, so dürfte es das einfachste sein, eine Steuer auf die deutsche Einfuhr speziell zu erheben.

## Die Stellung Belgiens

Utd. Tel. London, 11. März.

Der belgische Premierminister Jaspars reiste gestern nachmittags 6 Uhr ab. Sämtliche anderen Delegierten bleiben noch bis Sonnabend in London, um die noch offenen Fragen zu erledigen. Man hat hier die Hoffnung, daß von deutscher Seite neue Schritte unternommen werden, immer noch nicht fallen lassen. — Wie der Vertreter des „United Telegraph“ von zuverlässiger Seite erfährt, hat sich nicht nur Italien, sondern auch Belgien gegen die geplante 50prozentige Abgabe auf die Einfuhr deutscher Waren ausgesprochen, weil sie eine neue Besteuerung aller Waren, die bisher durch den Einfluß der deutschen Einfuhr verhindert wurde, zur Folge haben würde. Außerdem ist sich Belgien darüber unklar, ob falls jedes einzelne Land die Hälfte der Einfuhrprämie einbehielte, die Priorität der belgischen Forderungen gewahrt bleibt. Belgien verlangt deshalb die Zusammenlegung aller Abgaben und deren Verteilung auf Grund des in Spa getroffenen Uebereinkommens.

## Der Zolldienst der Entente beginnt

Der Zolldienst an der Westgrenze ist bereits von französischen und belgischen Beamten und Militär besetzt worden. Ob noch deutsche Beamte tätig sind, ließ sich nicht feststellen. Da der neue Zolldienst von den Alliierten nicht mit einem Schläge aufgenommen werden kann, ist mit einer Sperre des gesamten Güter- und Personenverkehrs immer noch zu rechnen.

## Ministerrat in Paris

Paris, 11. März.

Morgen vormittag findet im Elysée unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten ein Ministerrat statt, in dem Ministerpräsident Briand über die Londoner Konferenz Bericht er-

halten wird. Einige Abendblätter glauben, Ministerpräsident Briand werde am Dienstag im Parlament Erklärungen über die Ergebnisse der Londoner Konferenz abgeben.

## Die Sanktionen vor dem Unterhause

Im englischen Unterhause sagte Lloyd George in Fortsetzung seiner im gestrigen Abendblatt teilweise abgedruckten Rede:

Es sei im Interesse Deutschlands und der ganzen Welt, daß Deutschland seine wirtschaftliche Wohlfahrt wiedererlange. Ein verarmtes, hungertes, verärgertes Mitteleuropa würde eine größere Gefahr bedeuten, als wenn die hundert Millionen Einwohner Deutschlands und Oesterreichs zur Verzweiflung getrieben würden. Es seien hochentwickelte und fähige Völker, und er sei der letzte Mann in der Welt, der irgendeine Aktion ergreifen würde, um eine Nation von dieser Art zur Verzweiflung zu treiben. Und gerade weil er der Ansicht sei, daß dies ein Weg sei, um die gerechten Forderungen der Alliierten zu befriedigen, ohne Deutschland wirtschaftlich zu zerstören und sogar ohne militärische Maßnahmen über die bereits erfolgten hinaus zu ergreifen, habe er als Anwalt des Friedens die des quiten Einvernehmens diesen Weg gewiesen. Er sei überzeugt, daß Deutschland seinem Problem eher ins Auge sehe, wenn ihm die Alliierten klar machten, daß sie nicht nachgeben. Er wolle keine prahlerische oder drohende Sprache führen, die der Gelegenheit unwürdig sei, aber es würde ein Fehler sein, nicht klar und zudgütig zu sprechen.

Lloyd George fuhr fort: Deutschland muß verstehen, daß die Alliierten wollen, daß es bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zahle. Wenn Deutschland auf die Konferenz gekommen wäre, wie er wirklich gehofft habe, daß es dies tun würde, und gesagt hätte: 42 Jahre sind zu lang und bedeuten Knechtschaft und Elenderei von Generation zu Generation und wir müssen unseren Kindern wieder Hoffnung geben, daß sie die Lasten loswerden, unser Volk wird daher große Opfer bringen. Wir wollen die Jahreszahlungen so neu ordnen, daß wir den Zeitraum abkürzen können. Das wäre nicht nur zum Vorteil Deutschlands, sondern auch in unserem eigenen Interesse gewesen. Nur die Tatsache, daß es eine dringende Notwendigkeit für die Alliierten sei, einem gerechten Anteil vom Betrage des Schadens, der ihnen zugefügt worden sei, wiederzuerlangen, berechtige sie, darauf zu bestehen. Sie wollten das jedoch nicht von Generation zu Generation verlängern. Lloyd George sagte, wenn Deutschland so gekommen wäre,

würde man miteinander geredet haben

Wenn Deutschland gesagt hätte: Eure Methode, die Wohlfahrt Deutschlands zu prüfen und die Jahreszahlungen zu bestimmen, die Deutschland zahlen kann oder nicht kann, ist keine gute. Die zwölfpromzentige Abgabe ist kein gutes Verfahren, um dies zu tun, und wir schlagen diesen oder jenen anderen Weg vor, dann würden wir darüber geredet haben. Was taten sie aber? fragte Lloyd George. Erst ganz zu Ende und nach einem Ultimatum kamen sie mit fünf Jahren und vorausgesetzt, daß Schließen nicht gegen sie kommt. Dabei war keine Andeutung, kein Nachweis einer Zahlung, und wie konnten wir unter diesen Umständen sagen, daß die Grundlage für eine Regelung zwischen uns bestehe? Dies war unmöglich. Ich weiß, warum. Dr. Simons hatte nicht den Auftrag erhalten zu regeln. Deutschland war nicht bereit zu regeln. Es war klar, daß, so sehr auch Dr. Simons nach einer Regelung strebte, er nicht wagte zu regeln. Deutschland war nicht von der Notwendigkeit einer Regelung überzeugt. Um Deutschland von dieser Notwendigkeit zu überzeugen, sind wir zur Aktion übergegangen.

Ich gebe kein Jota von der Haltung zurück, die ich deutlich angenommen habe, nämlich, daß ich lieber ein Uebereinkommen haben möchte als einen Sieg über Deutschland. Ich glaube, es würde für jedermann besser sein. Ich glaube, wir würden so eher unser Ziel verwirklichen und den Zweck, den wir ins Auge gefaßt haben, sichern. Die Bill, die wir morgen einbringen, würde besser unter einem Abkommen wirken, als jeht ohne Abkommen. Aber wirken wird sie, mit oder ohne Abkommen. Ich glaube, daß, wenn Deutschland befreit, was seine augenblickliche Haltung bedeutet, ein Abkommen zustande kommt.

Deutschland hat durch Widerstreben alles zu verlieren und nichts zu gewinnen.

Ich meine nicht nur die Befreiung jener Städte, die eine sehr erste Sache für Deutschland bedeutet. Deutschland mag von einem Abtreten seines Handels aus seinen bisherigen Bahnen und von einer Einstellung seines Handels am Rhein sprechen, aber lange kann es dies nicht durchführen. Deutschland mag davon reden, daß es seine gesamte Ausfuhr nach allen alliierten Ländern einstellen wird. Wenn Deutschland dies jedoch tut, wird es eine solche Arbeitslosigkeit in Deutschland bekommen, wie kein großes industrielles Land in der Welt je erlebt hat. Warum sollte Deutschland dies tun? Um die Bezahlung jener Schuld zu vermeiden, die es selbst als gerecht anerkannt hat, und die die gesamte Welt als gerecht anerkennt? Ich glaube, wenn Deutschland befreit, daß die alliierten Mächte und die alliierten Völker ohne Ausnahme beabsichtigen, gerecht und billig mit ihm zu verfahren, jedoch auch entschlossen sind, jeht gegenüber Deutschland aufzutreten, wird es zu einem viel besseren Abkommen kommen, als wenn es ermutigt worden wäre, zu glauben, daß wir in unseren Ansichten geteilt sind.

Sir Donald Maclean sagte, es sei eine wahre Katastrophe, daß die Armeen wieder in Bewegung gesetzt seien. Es müsse ein Ausweg gefunden werden. Es müsse mit Deutschland zusammengewirkt werden. Angenommen, ein neues Angebot komme von Seiten Deutschlands, die ganze Frage neu aufzurollen, bestreite dann eine Aussicht für einen neuen Anfang?

Hierauf erwiderte Lloyd George, es habe keinen Zweck, daß Deutschland mit einem Angebot komme wie das letzte. Dies würde nur zu weiterer Erregung führen. Deutschland müsse ein Angebot machen, das als genügend angesehen werden kann. Es sei Deutschlands Sache, das Angebot zu machen. Wir haben bereits unsere Vorschläge vorgebracht. Deutschland hat solchen Gegenvorschläge unterbreitet. Sie waren vollkommen unannehmbar. Es hat keinen Zweck, Verhandlungen unbestimmt zu beginnen, ohne zu wissen, was Deutschland vorzuschlagen wird.

Wedgwood Ben erklärte, England dürfe nicht von Frankreich ins Schlepptau genommen werden, das nicht wolle, daß Deutschland wiederhergestellt werde.

Der Arbeiterführer Thomas sagte, die Arbeiterpartei sei mit der Regierung darin einig, daß Deutschland die Verantwortung trage, daß man Deutschland zahlen lassen müsse, und daß wenn man Deutschland gestatte zu entkommen, das Unrecht tiefer gehen würde. Indem die Arbeiterpartei nichts tun würde, um die Regierung in ihrer schwierigen und heiklen Aufgabe zu hindern, übernehme sie keine Verantwortung für die Politik, die jeht befolgt werde.

Chamberlain erklärte, die Rede Thomas' zeige ein fundamentales Einvernehmen zwischen der Arbeiterpartei und der Regierung mit Bezug auf die Aufrechterhaltung des Friedens und des Wohlfalles und die enge Freundschaft und Harmonie mit den Alliierten, sowie die Ermöglichung der deutschen Reparationen. Die öffentliche Meinung in Deutschland und die von den deutschen Vertretern auf der Konferenz vor ihrer Abreise aus Deutschland gehaltenen Reden forderten die Grundlagen des Friedensvertrages, nämlich die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg und die Zerstörung, die es angerichtet hat, heraus. Wenn die Deutschen einsehen, daß sie ihren Verpflichtungen nachkommen müssen, und wenn sie versuchen, sie zu erfüllen, dann könnten sie kommen und die Alliierten bitten, diese oder jene Bedingungen zu erweichen, und dann würden sie auch angehört werden.

# Preussischer Landtag

Der Landtag beschäftigte sich am Freitag mit Anträgen auf Einstellung schwebender Strafverfahren gegen das unabhängige Mitglied Freund und die Kommunisten Schölem, Wolffstein und Knöth. Er überwies die Anträge an die Geschäftsordnungs-Kommission, die am Sonnabend schon berichten soll. Dann wurden ohne Debatte zwei kleinere Vorlagen erledigt. Bei der Beratung des Staatsvertrages zwischen Preußen, Bayern und Thüringen verhielten die Kommunisten, eine Debatte über die preussische Justiz herbeizuführen, was aber nur teilweise gelang, da der Präsident Leinert eintrifft. Ihr Redner, Kilian, operierte dabei so unglücklich wie nur möglich, indem er die Koburger begünstigte, der preussischen Justiz zu entrinnen und dem Lande der Orgesch und Kahr-Regierung mit seinen Ausnahmegerichten angeschlossen zu werden. Seinen eigenen Leuten schien diese Weisheit selber nicht zu imponieren. Dem Gesetz wurde ohne Widerspruch zugestimmt. Ein Antrag auf Annahme eines Gesetzeswurfs über vorläufige Wahlen zum Staatsrat brachte eine kleine Debatte über Oberschlesien. Heute soll, wie Genosse Dr. Cohn bezeichnend bemerkte, so nebenbei schon eine Verfassungsänderung beschlossen werden, die Zeugnis ablegt davon, wie Gehehe gemacht werden.

Eine längere Debatte entspann sich über den von den Deutschnationalen wieder aufgenommenen Antrag vom Donnerstag, die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung der Sonnabend-Sitzung zu setzen. Unser Redner, Genosse Dr. Cohn, erklärte, daß der Antrag die Wächter in sich schließt, schon heute das Steuer der Regierung nach rechts zu drehen. Allerdings legen wir Wert auf eine baldige Bildung der Regierung. Zentrum, Demokraten und Rechtssozialisten wollen die Vertagung bis 7. April herbeiführen, weil sie noch nicht einig sind. Der Antrag wurde abgelehnt. Wiederum stimmten Deutschnationale, Volkspartei und Kommunisten zusammen.

## Der Sigungsbericht

Das Haus stimmt zunächst dem Vorschlage des Präsidenten Leinert über die Zusammenlegung der einziehenden Ausschüsse zu. — Die Abgg. Richter (U. Soz.) und Adolph Hoffmann (Kom.) begründen die Anträge auf Einstellung der Gerichtsverfahren gegen die Abgg. Freund (U. Soz.), Rosi Wolffstein (Kom.), Knöth (Kom.), Schölem (Kom.) und verlangen die Erledigung ohne Überweisung an den Ausschuss. Die Anträge werden, nachdem Abg. Kippel (Dnail.) widersprochen hatte, an den Geschäftsordnungs-Ausschuss überwiesen.

Dann wird ohne Debatte der Entwurf, betreffend Verlängerung der im Gesetz für Gemeindebeamten in Groß-Berlin vom 21. Februar 1920 gefetzten Frist in allen drei Leistungen verabschiedet. Danach wird der Gesetzentwurf betreffend Änderung der Amtsgerichtsbezirke Wittenberg und Orlitzburg in sämtlichen Leistungen erledigt. Es folgt die Beratung des Staatsvertrages vom 15. 17. und 22. Februar 1921, zwischen den Freistaaten Preußen, Bayern und Thüringen über die Aufhebung von Gemeinschaftsverträgen. Der Vertrag enthält Bestimmungen über Ausschließen von Bayern aus der Landesregierung, die Bestimmungen, aus der Oberlandesgerichtsgemeinschaft Jena und aus der Schwurgerichtsgemeinschaft mit Meiningen. Die Vorlage wird in allen drei Beratungen angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Antrages des Abg. Dr. Forst und Genossen auf Annahme eines Gesetzentwurfes, betreffend vorläufige Wahlen zum Staatsrat in der Provinz Oberschlesien. Der Antrag wird von Dr. Forst begründet und nach kurzer Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen.

Das Haus vertagt sich am Sonnabend, den 12. März, vormittags 11 Uhr. — Zur Geschäftsordnung sprechen Abg. Vöbke (Dnail.): Wir beantragen, den neuen die

## Wahl des Ministerpräsidenten

auf die Tagesordnung zu setzen. Ich glaube nicht, daß das Zentrum einen Kultusminister wie Herrn Haentisch noch länger tragen wird.

Abg. Dr. v. Krause (D. Sp.): Wir beantragen, die Befreiung der Richtererklärung der Staatsregierung auf die Tagesordnung zu setzen. Den Antrag der Deutschnationalen unterstützen wir, da die Bildung der Regierung möglichst bald beschlossen werden muß.

Abg. Adolph Hoffmann (Kom.): Den Anträgen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei stimmen wir zu. (Beifall.)

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Wir werden dagegen arbeiten, daß sich das Regierungsgesetz noch weiter nach rechts dreht. Der Rückhandel der Parteien um die Rentenverbesserung sollte doch möglichst beschleunigt werden. Deshalb muß baldigst in die Befreiung der Regierungserklärung eingetreten werden, um dabei Klarheit zu schaffen, was wir von der künftigen Regierung erwarten.

Abg. Dr. Forst (Lit.): Die Wahl eines Ministerpräsidenten ist vor Ostern unmöglich. Wir lehnen es ab, morgen eine große Aussprache über die Politik des verlassenen Kabinetts zu eröffnen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) verlangt, daß die Minister auch noch in der Uebergangszeit das Beamtenernenungsrecht ausüben können.

Die Anträge der beiden Rechtsparteien werden gegen die Stimmen der Rechten und der Kommunisten abgelehnt.

## Der Wohnungsbau seit Kriegsende

Aus dem Reichsarbeitsministerium wird geschrieben: Nach neueren Angaben der Länder, die allerdings noch nicht ganz vollständig sind, ist die Zahl der seit Kriegsende begonnenen und fertiggestellten Wohnungen (Dauer-, Neben- und Notwohnungen) größer, als bisher geschätzt wurde. Danach ist etwa mit folgenden Zahlen zu rechnen: 1. in Ansehung genommen sind rund 210 000 Wohnungen, davon rund 60 000 Not- und Behelfswohnungen. Von diesen Wohnungen entfallen auf Orte über 100 000 Einwohner etwa 35 Prozent, auf Orte von 20- bis 100 000 Einwohner etwa 19 Prozent, auf Orte von 2- bis 20 000 Einwohner 28 Prozent, auf Orte unter 2000 Einwohner 18 Prozent. 2. Fertiggestellt waren am 1. Oktober 1920 rund 150 000 Wohnungen. Diese Zahl dürfte sich bis zum 21. Dezember 1920 um rund 15 000 vermehren haben, jedoch etwa mit 185 000 vollendeten Wohnungen gerechnet werden kann. Die oben angeführten Zahlen müssen einseitigen unter Vorbehalt gegeben werden. Endgültige Angaben sind erst nach Eingang sämtlicher Unterlagen möglich.

## Fachminister und Korruption

In der Mittwochs-Sitzung des Reichstages spielte sich ein Vorgang ab, der einer Erwähnung wert ist. Von dem rechtssozialistischen Abgeordneten Hoch war ein höchst ansehnliches Verhalten eines höheren Beamten des Reichsfinanzministeriums vorgetragen worden, dem Anregemöglichkeiten bei der Veräußerung von Reichsgut zugrunde lagen. Auf die sachlichen Darlegungen des Abgeordneten Hoch erwiderte der Reichsfinanzminister von Kaumer, eine der Leuchten der „Wiederbau-Partei“, mit einer von Fremdwörtern gespickten höchst gewundenen Rede, deren Zweck die Verblüffung aller der vorgebrachten gravierenden Tatsachen war. Nachdem beschuldigte er den Abg. Hoch der beweislosen Ver-

dächtigung. Demgegenüber stellte dieser fest, daß sein Material aus dem Ministerium selbst stamme, und daß er zur öffentlichen Behandlung des Falles gezwungen sei, weil der Minister beharrlich seine Hilfe bei der Aufklärung verweigert und den beschuldigten Beamten sogar befördert habe.

Als der Minister dadurch schachmatt gesetzt war, griff er in einer weiteren Erwiderung zu der Methode des Zintenfisches und zu der in diesem Zusammenhang nicht missverständlichen Verdächtigung: auch gegen seinen Amtsvorgänger, dem Rechtssozialisten Bauer, seien solche Vorwürfe erhoben worden, die sich nachher allerdings als unbegründet erwiesen hätten. Niemand von den bürgerlichen Parteien eilte Herrn Kaumer zu Hilfe, als Hoch ihn wegen dieser Verteilung energisch zurückschickte. Darf man darin ein Zeichen dafür erblicken, daß auch diese Kreise die Empfindung hatten, daß ein Minister mit solchen Methoden zwar dem moralischen Niveau der Deutschen Volkspartei entspreche, aber nicht den Anforderungen, die man außerhalb dieser Partei an leitende Reichsminister zu stellen gewohnt ist?

## Freispruch im Essener Wasserturm-Prozess

U. Essen, 11. März.

In dem Prozeß gegen die bei dem Sturm auf den Essener Wasserturm während der Tage des Rapp-Putschs beteiligten 15 Mitglieder der Roten Armee wurde heute das Urteil gefällt. Die Geschworenen verneinten bei 14 der des Mordes angeklagten Angeklagten die Schuldfrage. Nur gegen den noch auf freiem Fuß befindlichen Bergmann Schröder-Essen wurde ein Haftbefehl erlassen. Die 14 Freigesprochenen wurden sofort auf freien Fuß gesetzt.

## Staatsanwaltsantrag im Mulock-Prozess

Breslau, 11. März.

Im ersten Breslauer Rapp-Putsch-Prozess beantragte der Staatsanwalt gegen die Angeklagten Walter und Bielow wegen fortgesetzter schwerer Mißhandlungen die höchste zulässige Strafe von je 5 Jahren Gefängnis, gegen Breßla eine solche von 4 Jahren Gefängnis.

## Die Wahlen in Gotha

Den Betrachtungen unseres Parteiklattes in Gotha, des „Volkstreu“, über den Ausfall der Wahl zur Gebietsvertretung, entnehmen wir folgendes:

Das Wahlergebnis ist für die U. S. P. D. kein Anlaß, aus Rand und Band zu geraten. Aber die erreichte Stimmenzahl von 5287 ist ein Beweis dafür, daß im Gothaer Lande unsere Partei nicht nur selten Fuß gefaßt hat, sondern bereits wieder im Aufstieg begriffen ist. In einer ganzen Reihe von Orten haben wir Stimmen erhalten, die unsere Erwartungen weit übertrafen. Bei der Parteilspaltung ging das bisherige Parteiprogramm in den Besitz der Kommunisten über die Kommunisten verfügen über den ganzen gut ausgebauten Apparat der Organisation und reiche Mittel standen und stehen ihnen zur Verfügung. Wie war demgegenüber unsere Lage? Erst längere Zeit nach der Spaltung gelang es uns unter den größten Schwierigkeiten, ein eigenes Parteiorgan, den „Gothaer Volkstreu“, zu gründen. Nur Schritt für Schritt drangen wir zu nächst vor. Heute allerdings können wir sagen, daß unsere Zeitung sich bereits einen festen Platz im Gothaer Lande erobert hat und im stetigen Fortschreiten begriffen ist. Der beste Beweis für unsere Stärke für die Zukunft, daß wir seit einigen Tagen den „Volkstreu“ im eigenen Heim fertigstellen können.

Von einer Organisation unserer Partei konnte bis vor kurzem in Gotha keine Rede sein. Erst langsam und in steter, unermüdlicher Arbeit gelang es unseren treuen Genossen, die Fäden wieder zu knüpfen und fast überall die Verbindung herzustellen.

Der „Erfolg“ der Kommunisten bei der Wahl gibt ihnen keinen Grund zu ihrer anmaßenden Ueberheblichkeit. Durch die ganze Tätigkeit ihrer Partei und deren Führer haben sie dem sozialistischen Gedanken viel mehr geschadet, als der schlimmste Gegner der Arbeiterklasse. Die Heidentaten der kommunistischen Versammlungsprenger, die von einer ungewöhnlichen Rohheit zeugen, haben dem Heimatbund eine Menge Stimmen zugetrieben, die er sonst sicher nicht erhalten hätte.

## Die ausländische Viebestätigkeit

Nach einem Bericht des Roten Kreuzes sind vom 1. Januar 1920 bis 1. Januar 1921 bei der Auslandsabteilung des Deutschen Roten Kreuzes eingegangen und durch diese an die Reisenden in ganz Deutschland verteilt worden:

Lebensmittel sind in diesem Jahr im Gesamtwert von 16 118 406 Kilogramm aus dem Auslande eingetroffen. Ihr Gesamtwert, nach dem Marktpreis berechnet, beträgt 197 775 500 Mark. Um nur einige Einzelheiten herauszugreifen: Unter diesen Lebensmitteln befinden sich 11 253 146 Büchsen Milch (im Werte von 138 801 000 Mark), 1 218 500 Kilogramm Mehl (8 903 000 Mark), 1 057 000 Kilogramm Zucker (11 729 500 Mark), 40 500 Kilogramm Speck (1 628 000 Mark), 1253 Kilogramm Lebertran (7 479 000 Mark), 19 000 Kilogramm Kakao (845 000 Mark), 8435 Kilogramm Reis (5 690 500 Mark), 19 250 Kilogramm Bohnen (6 226 000 Mark). Außerdem bestanden die Lebensmittelbeleggaben wesentlich aus Erbsen, Nudeln, Haserfloden, Fett, Fleisch, Kestles Food, Kartoffeln, Heringe, Delfische, Portland Zement, Baby Food, Bouillonwürfel, Kaffee, Olivenöl, Graupen, Grieß, Konseroen, Kolonialwaren, Schokolade, Korn und Mais.

Die Auslands Spenden an Kleider und Haushaltsgegenständen hatten einen Gesamtwert von 164 008 500 Mk. Davon entfielen auf Kleiderstoffe, Stoffe, Wäsche und Hospitalartikel 528 500 Kilogramm (121 627 000 Mark), auf Schuhe 405 000 Kilogramm (12 150 000 Mark).

Die Auslandsabteilung des Deutschen Roten Kreuzes hat mit diesen Auslandsabgaben von den 1143 Kommunalverbänden Deutschlands 878 beliefert. — Bemerkenswert ist noch, daß die Verwaltungs- und Transportkosten des Deutschen Roten Kreuzes 6 Millionen Mark nicht erreichten, demnach unter 1% Prozent des Gesamtwertes der Auslands Spenden blieben.

## Eigenartige Finanzmanipulation

Der Reichskommissar für die Fischversorgung ist schon einmal Gegenstand einer gerichtlichen Aktion gewesen. Damals hatte eine rheinische Staatsanwaltschaft gegen einen seiner Beamten und gegen ihn selbst das Verfahren eröffnet, weil er als verantwortlicher Leiter der Reichsfischgesellschaft für die Fischversorgung im Verdacht des Wuchers stand. Jetzt werden neue Tatsachen bekannt, die der Genossin Bieg und dem Genossen Breuning Veranlassung gegeben haben, im Reichstag folgende Anträge zu stellen:

„Der Reichsverband für See- und Küstfischer hat 4 1/2 Millionen Mark aufgebracht, um seinen aus dem Felde heimkehrenden Mitgliedern die Wiederaufnahme des Fischereibetriebes durch den

Ankauf von Schiffen, Motoren, Netzen oder anderem Material zu ermöglichen. Die genannte Summe wurde dem Reichskommissar für Fischversorgung, Herrn von Flügge, übermittelt, der für geeignete Verwendung Sorge tragen sollte.

Bereits am 6. Februar 1919 erklärte der Herr Fischereidirektor Dage-Hamburg in der Generalversammlung der Genossenschaftsfischer, daß die 4 1/2 Millionen dem Herrn v. Flügge überhand seien und daß bereits Motore und Schiffe für die heimgekehrten Fischer in Auftrag gegeben seien. Die Fischer Czuchabens, die als Ortsgruppe dem Reichsverband angeschlossen sind, haben trotz eifriger Nachforschung nicht erfahren können, wo die 4 1/2 Millionen geblieben sind; ihren Kollegen, die aus dem Kriege heimgekehrt sind, ist keine Hilfe zuteil geworden.

Wird der Reichsregierung dieser Fall bekannt? Was gedenkt sie zu tun, um Aufklärung über den Verbleib der Summe zu schaffen und den Fischern zu ihrem Recht zu verhelfen?“

## Die neuen Postgebühren

Der Reichstagsausschuss zur Beratung des Postgebühren-Gesetzes beschäftigte sich heute weiter mit den 15 Anträgen, die im Gegensatz zur Regierungsvorlage eine andere Tarifregelung zum Zwecke haben. — Die Postgebührenvorlage will 40 Pfennig Beförderungsgebühr für die Postkarte, 60 Pfennig für Briefe im Gewicht bis zu 20 Gramm. Die bürgerlichen Parteien wollen in verschiedenen Anträgen die Postkarte im Ortsverkehr um 10 Pfennig verbilligen, ebenso den Ortsbrief bis zu 20 Gramm. Die diesbezüglichen Anträge wurden mit großer Mehrheit angenommen. Nur Briefe im Fernverkehr bis zu 20 Gramm blieb es bei der Regierungsvorlage, also 60 Pfennig, in den weiteren Stufen 80 Pfennig und 1,20 M. für Gewicht bis 100 bzw. 250 Gramm. Die Anfrüskarte wird zu einem ermäßigten Druckfachen-Tarif befördert und kostet 10 Pfennig, jedoch dürfen nur 5 Worte auf der Vorderseite stehen. Druckfaden bis 20 Gramm kosten 10 Pfennig, solche bis 80 Gramm 15 Pfennig, bis 100 Gramm 30 Pfennig, bis 250 Gramm 60 Pfennig, bis 500 Gramm 80 Pfennig, bis 1000 Gramm 100 Pfennig. Die Paketgebühren bleiben in der Höhe der Regierungsvorlage, wonach ein gewöhnliches Paket 3 M. in der Nahzone und 4 M. in der Fernzone kostet.

## Die englische Bergarbeiterbewegung

Der Beschluß der englischen Regierung, die während des Krieges unter Staatskontrolle stehenden Bergwerke wieder völlig in die freie Hand der Bergherren zurückzugeben, hat heftige Gegner unter den englischen Bergarbeitern hervorgerufen. In einer Sitzung der Delegierten der vereinigten britischen Grubengewerkschaften, die in London am Donnerstag stattfand, wurden die am Tage vorher vom Volksauschuss ausgearbeiteten Vorschläge angefordert und besprochen, ohne daß ein endgültiger Beschluß gefaßt worden wäre.

Der Versammlung wurde ferner die Mitteilung gemacht, daß die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiterschaft und der Unternehmer für Festlegung einer neuen Lohnskala zu keinem Ergebnis geführt hätten. Es wurde beschlossen, neue Vorschläge auszuarbeiten, um zu einer Einigung zu gelangen. Die ganze Bewegung der Bergleute, die von großer Bedeutung für das englische Wirtschaftsleben ist, hat wenig günstige Aussichten für eine friedliche Erledigung.

## Kommunistische Niederlage in Belgrad

In Belgrad wurde am 6. d. M. die neue Gemeindevertretung gewählt. Wie seinerzeit berichtet, hatten Mitte August v. J. die Kommunisten die Mehrheit im Gemeinderat erhalten, jedoch den Amtseid verweigert, weshalb ihre Wahl als ungültig erklärt wurde. Diesmal haben die bürgerlichen Parteien gegen die Kommunisten eine Einheitsfront gebildet, und sie haben tatsächlich den Sieg davongetragen. Der radikal-demokratische Block erhielt, wie uns aus Belgrad gedrachtet wird, die absolute Mehrheit, 30 Mandate, die Kommunisten 10, die Sozialisten 3, die Republikaner 2 Sitze in der Stadtvertretung. Der Wahlausgang bedeutet eine vollständige Niederlage für die Kommunisten, die in der Wahl im August v. J. die Mehrheit hatten.

## Zeuge gesucht!

Wie der Generalsstaatsanwalt beim Landgericht I Berlin mitteilt, soll in der Straffache gegen Oberleutnant Hiller wegen Mißhandlung des Fülliers Heimhals, in der am 14. März neuer Termin zur Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I ansetzt, der frühere Gardeführer Karl Wüschel (S. 8, 84 oder 27, 10, 87 geb.), der im Jahre 1915 Hillers Ordnungswart war, als Zeuge vernommen werden. Da Wüschel nicht ermittelt werden konnte, wird er aufgefördert, falls er seine Adresse zu den Akten 13 J. 1862/20 der Staatsanwaltschaft I Berlin mitzuteilen.

## Eine Annäherung für Thüringen

Im Thüringer Landtag ist heute bei Verabschiedung der Verfassung ein Gesetz zur Amnestierung aller politischen und disziplinarischen Vergehen als Erinnerung an den 11. März 1921, der als offizieller Gründungstag angesehen werden soll, eingebracht worden.

Sowjetrußland und China. Havas meldet aus Peking, daß die chinesische Regierung beschlossen hat, keine Handelsabordnung der Sowjets zu empfangen.

## Zeuge gesucht!

Wie der Generalsstaatsanwalt beim Landgericht I Berlin mitteilt, soll in der Straffache gegen Oberleutnant Hiller wegen Mißhandlung des Fülliers Heimhals, in der am 14. März neuer Termin zur Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I ansetzt, der frühere Gardeführer Karl Wüschel (S. 8, 84 oder 27, 10, 87 geb.), der im Jahre 1915 Hillers Ordnungswart war, als Zeuge vernommen werden. Da Wüschel nicht ermittelt werden konnte, wird er aufgefördert, falls er seine Adresse zu den Akten 13 J. 1862/20 der Staatsanwaltschaft I Berlin mitzuteilen.

Eine Annäherung für Thüringen. Im Thüringer Landtag ist heute bei Verabschiedung der Verfassung ein Gesetz zur Amnestierung aller politischen und disziplinarischen Vergehen als Erinnerung an den 11. März 1921, der als offizieller Gründungstag angesehen werden soll, eingebracht worden.

Sowjetrußland und China. Havas meldet aus Peking, daß die chinesische Regierung beschlossen hat, keine Handelsabordnung der Sowjets zu empfangen.

Zeuge gesucht! Wie der Generalsstaatsanwalt beim Landgericht I Berlin mitteilt, soll in der Straffache gegen Oberleutnant Hiller wegen Mißhandlung des Fülliers Heimhals, in der am 14. März neuer Termin zur Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I ansetzt, der frühere Gardeführer Karl Wüschel (S. 8, 84 oder 27, 10, 87 geb.), der im Jahre 1915 Hillers Ordnungswart war, als Zeuge vernommen werden. Da Wüschel nicht ermittelt werden konnte, wird er aufgefördert, falls er seine Adresse zu den Akten 13 J. 1862/20 der Staatsanwaltschaft I Berlin mitzuteilen.

Eine Annäherung für Thüringen. Im Thüringer Landtag ist heute bei Verabschiedung der Verfassung ein Gesetz zur Amnestierung aller politischen und disziplinarischen Vergehen als Erinnerung an den 11. März 1921, der als offizieller Gründungstag angesehen werden soll, eingebracht worden.

Sowjetrußland und China. Havas meldet aus Peking, daß die chinesische Regierung beschlossen hat, keine Handelsabordnung der Sowjets zu empfangen.

Zeuge gesucht! Wie der Generalsstaatsanwalt beim Landgericht I Berlin mitteilt, soll in der Straffache gegen Oberleutnant Hiller wegen Mißhandlung des Fülliers Heimhals, in der am 14. März neuer Termin zur Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I ansetzt, der frühere Gardeführer Karl Wüschel (S. 8, 84 oder 27, 10, 87 geb.), der im Jahre 1915 Hillers Ordnungswart war, als Zeuge vernommen werden. Da Wüschel nicht ermittelt werden konnte, wird er aufgefördert, falls er seine Adresse zu den Akten 13 J. 1862/20 der Staatsanwaltschaft I Berlin mitzuteilen.

Eine Annäherung für Thüringen. Im Thüringer Landtag ist heute bei Verabschiedung der Verfassung ein Gesetz zur Amnestierung aller politischen und disziplinarischen Vergehen als Erinnerung an den 11. März 1921, der als offizieller Gründungstag angesehen werden soll, eingebracht worden.

Sowjetrußland und China. Havas meldet aus Peking, daß die chinesische Regierung beschlossen hat, keine Handelsabordnung der Sowjets zu empfangen.

Zeuge gesucht! Wie der Generalsstaatsanwalt beim Landgericht I Berlin mitteilt, soll in der Straffache gegen Oberleutnant Hiller wegen Mißhandlung des Fülliers Heimhals, in der am 14. März neuer Termin zur Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I ansetzt, der frühere Gardeführer Karl Wüschel (S. 8, 84 oder 27, 10, 87 geb.), der im Jahre 1915 Hillers Ordnungswart war, als Zeuge vernommen werden. Da Wüschel nicht ermittelt werden konnte, wird er aufgefördert, falls er seine Adresse zu den Akten 13 J. 1862/20 der Staatsanwaltschaft I Berlin mitzuteilen.

Eine Annäherung für Thüringen. Im Thüringer Landtag ist heute bei Verabschiedung der Verfassung ein Gesetz zur Amnestierung aller politischen und disziplinarischen Vergehen als Erinnerung an den 11. März 1921, der als offizieller Gründungstag angesehen werden soll, eingebracht worden.

Sowjetrußland und China. Havas meldet aus Peking, daß die chinesische Regierung beschlossen hat, keine Handelsabordnung der Sowjets zu empfangen.

Zeuge gesucht! Wie der Generalsstaatsanwalt beim Landgericht I Berlin mitteilt, soll in der Straffache gegen Oberleutnant Hiller wegen Mißhandlung des Fülliers Heimhals, in der am 14. März neuer Termin zur Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I ansetzt, der frühere Gardeführer Karl Wüschel (S. 8, 84 oder 27, 10, 87 geb.), der im Jahre 1915 Hillers Ordnungswart war, als Zeuge vernommen werden. Da Wüschel nicht ermittelt werden konnte, wird er aufgefördert, falls er seine Adresse zu den Akten 13 J. 1862/20 der Staatsanwaltschaft I Berlin mitzuteilen.

Eine Annäherung für Thüringen. Im Thüringer Landtag ist heute bei Verabschiedung der Verfassung ein Gesetz zur Amnestierung aller politischen und disziplinarischen Vergehen als Erinnerung an den 11. März 1921, der als offizieller Gründungstag angesehen werden soll, eingebracht worden.

Sowjetrußland und China. Havas meldet aus Peking, daß die chinesische Regierung beschlossen hat, keine Handelsabordnung der Sowjets zu empfangen.

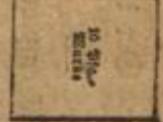
Zeuge gesucht! Wie der Generalsstaatsanwalt beim Landgericht I Berlin mitteilt, soll in der Straffache gegen Oberleutnant Hiller wegen Mißhandlung des Fülliers Heimhals, in der am 14. März neuer Termin zur Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I ansetzt, der frühere Gardeführer Karl Wüschel (S. 8, 84 oder 27, 10, 87 geb.), der im Jahre 1915 Hillers Ordnungswart war, als Zeuge vernommen werden. Da Wüschel nicht ermittelt werden konnte, wird er aufgefördert, falls er seine Adresse zu den Akten 13 J. 1862/20 der Staatsanwaltschaft I Berlin mitzuteilen.

Eine Annäherung für Thüringen. Im Thüringer Landtag ist heute bei Verabschiedung der Verfassung ein Gesetz zur Amnestierung aller politischen und disziplinarischen Vergehen als Erinnerung an den 11. März 1921, der als offizieller Gründungstag angesehen werden soll, eingebracht worden.

Sowjetrußland und China. Havas meldet aus Peking, daß die chinesische Regierung beschlossen hat, keine Handelsabordnung der Sowjets zu empfangen.

Ausschneiden!

Struckfache  
 sind die  
 Hauptredaktion der „Freiheit“  
 Berlin G2  
 Breite Straße 8-9



# AUSVERKAUF

der durch

## Brand \* Wasser \* Rauch

und sonstige Einwirkungen

infolge Feuer vom 31. 1. zum 1. 2. 21 beschädigten Waren, wie:

**Teppiche, Gardinen, Schuhe (einzelne Paare), Galanterie, Bilder usw.**

findet,

soweit Vorrat, von heute ab statt

# HERMANN TIETZ Alexanderplatz II. Stock

### Theater und Vergnügungen

#### Volkshöhle

9 1/2 Uhr: Vorstellung der Jugend-Volkshöhle: Das Volk und die Komödie der Irrungen

#### Neues Volkstheater

7 1/2 Uhr: Wallensteins Tod

#### Staatstheater

8 Uhr: Opernhaus: Die Schöpfung

#### Deutsches Theater

7 1/2 Uhr: Der König d. dänischen Kammer

#### Großes Schauspielhaus

7 1/2 Uhr: Der Kaufmann von Venedig

#### Trianon-Theater

7 1/2 Uhr: Die Gesellschaft des Abbé Chateaufauf

#### Residenz-Theater

7 1/2 Uhr: Lady Windermere's Fächer

#### Lejting-Theater

7 1/2 Uhr: Ein idealer Gatte

#### Deutsches Kunst-Theater

7 1/2 Uhr: Die Scheidungsstelle

#### Römisches Theater

7 1/2 Uhr: Salome

#### Komödienhaus

7 1/2 Uhr: Das weiße Lämmchen

#### Berliner Theater

7 1/2 Uhr: Die Spanische Nacht

#### Städtisches Theater

7 1/2 Uhr: Calanodas Sohn

#### Theater am Rollendorfsplatz

7 1/2 Uhr: Wenn Liebe erwacht...

#### Komische Oper

7 1/2 Uhr: Liebe im Schnee

#### Thalia-Theater

7 1/2 Uhr: Mascottchen

#### Rose-Theater

7 1/2 Uhr: Dr. Klaus

#### Walhalla-Theater

7 1/2 Uhr: Der Vogelhändler

#### Casino-Theater

7 1/2 Uhr: Der Großfürst

#### Jolies Caprice

7 1/2 Uhr: (am Oranienburger Tor)

#### Apollotheater

7 1/2 Uhr: Sensations-Ausstattungschaus

#### Madame Dubarry's

7 1/2 Uhr: Liebesleben

#### Theater a. Kolib. To

7 1/2 Uhr: Elite-Sänger

#### Residenz-Kasino

7 1/2 Uhr: Großer Geißba-Ball



**Metropol**  
14 Attraktionen

**Säle**  
für 10-250 Personen  
für Versammlungen, Feiern, Konzerte, etc.

**Möbel**  
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.  
Bar- od. Teilzahlung  
bei Kassa- und Kredit.

**Zigaretten-großhandlung**  
für Marken- u. Markenlos.

**Geschlechts-**  
krankheiten  
behandelt durch Spezialarzt.

**Kleien-Preise für**  
Altmetalle  
Quecksilber

**Höchste Preise**  
für Kupfer, Zinn, Cadmus, Silber, Gold, Platin usw.

**Altmetall-Einkaufsstelle**  
Weidenweg 72.

**Deutscher Metallarbeiter-Verein**  
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-8.

**Branchenversammlung**  
der Vauerschlosser und der Kollegen aus den Betrieben für gelöschte Bleche

**Außerordentliche Branchenversammlung**  
aller Rohrlieger und Helfer (Betriebs- und Baurohrlieger)

**Säle**  
für Versammlungen, 50-200 Personen

**Möbel sehr billig**  
auch auf Kredit  
zu den kleinsten Zahlungsbedingungen

**Pianos \* Stutzflügel**  
bequeme Zahlungsweise

**Spezial-Behandlung**  
für Geschlechtskrankheiten

**Spezial-Arzt**  
für Geschlechtskrankheiten

**Kleide Dich billig, elegant!**  
im Leihhaus Moritzplatz 58a

**Deutscher Metallarbeiter-Verein**  
Verwaltungsstelle Berlin.

**Todes-Anzeigen**  
Gustav Hirsch  
Hermann Schwarz

**Friedrich Steinke**  
Wilhelm Kemnitz  
Hugo Biedermann

**Nachruf**  
Walter Sauer

**Friedrich Herzberg**  
Simon Maliczewski

**Der Reifegenosse**  
Monatsschrift zur Förderung und Wahrung der Interessen aller Fern- und Erwerbslosreisenden

**Zeitungsträgerinnen**  
stellt ein Expedition Marie Döring

**Kleide Dich billig, elegant!**  
im Leihhaus Moritzplatz 58a

**Freiheit**  
1 Exemplar der 3 w e i m a l täglich erscheinenden Zeitung  
zum Preise von Mk. 10.— monatl., Mk. 5.— halbmonatl.  
bei freier Zustellung ins Haus

**Der Reifegenosse**  
Monatsschrift zur Förderung und Wahrung der Interessen aller Fern- und Erwerbslosreisenden  
innerhalb der wertl. Bevölkerung  
Nummer 3 ist erschienen!

**Zeitungsträgerinnen**  
stellt ein Expedition Marie Döring  
Steinmeyerstraße 23

Groß-Berlin

Internationale sozialistische Konferenz am 13. März

Treffpunkte der Distrikte und Ortsgruppen für die Demonstration am Sonntag

- 1. und 5. Distrikt: Irminhallen, Kommandantenstraße.
2. Distrikt: Sonntag früh 8 1/2 Uhr Dennemühlplatz.
3. Distrikt: Demonstrationssteinkücher treffen sich Blücherstraße, Ecke Fontanepromenade...

Wilmerdorf-Schmargendorf-Grünwald: Die Genossen nehmen an der Versammlung in Schöneberg im Schwarzen Adler, Hauptstraße, teil.

Pankow: Morgens 8 1/2 Uhr Andreashofer Platz. Steglitz: 1/12 Uhr Bahnhof Steglitz. Südende: 1/12 Uhr Bahnhof Südende.

Niederhohenschulden: Morgens 1/9 Uhr am Hindenburgplatz zum gemeinsamen Abmarsch nach Berlin.
Weißensee: Sonntag früh 10 1/2 Uhr Berliner Allee, Ecke Gürtelstraße.

Reinickendorf-NÖ: Sonntag früh 8 Uhr in den Zahlendlokalen, kommen um 1/9 Uhr am Seebad zusammen, von dort gemeinsamer Abmarsch zur Versammlung und Demonstration.

Lichtenberg: Alle Abteilungen gehen gemeinschaftlich, spätestens 9 Uhr, zur Versammlung nach Café Bellevue. Von hier um 1/11 Uhr gemeinsamer Abmarsch zur Demonstration im Lustgarten.

Tegel: Alle Teilnehmer an der Demonstration treffen sich 10 1/2 Uhr an der Endstation der Straßenbahn-Linie 2. Keine Teilnahme wird erwartet.

Neukölln: 9 Uhr vorm. in den bekannten Bezirkslokalen, im 6. Bezirk bei Kasse, Wefers, Ecke Fußballstraße, im 7. Bezirk bei Kaffahn, Erststraße 8.

Johannisthal: 10 Uhr am Kaiser-Wilhelm-Platz zum gemeinsamen Abmarsch.
Reinickendorf-West: 10 Uhr Volkshaus Scharnweberstraße zwecks Teilnahme an der Demonstration.

Hilfenferde-Noordbahn: 1/9 Uhr Restaurant Bath, Glühnide.
Lichtenrade: 11 Uhr am Bahnhof zum Abmarsch zwecks Teilnahme an der Demonstration.

Wichtig! Die taubstummen Genossen treffen sich zur Demonstrationsversammlung um 9 Uhr vormittags in der Blumenstraße 10 (Prachtstraße Alt-Berlin). Wir bitten die Genossen in den Betrieben, ihre taubstummen Genossen aufmerksam zu machen.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Die Ordner der für die am Sonntag, den 13. d. M., im Lustgarten stattfindenden Demonstration treffen sich um 12 Uhr am Zirkus Busch bei dem Genossen Herbl.

Die Ordner haben ihre Umbänder resp. Schleißen selbst mitzubringen. Die Geschäftsleitung.

Milch- und Butterpreiserhöhung in der Provinz Brandenburg

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat für das Gebiet der Provinz mit Ausnahme des zur Staatlichen Verteilungstelle für Groß-Berlin gehörigen Gebiets neue Erzeugerhöchstpreise für Vollmilch, Rahmilch, Buttermilch und Butter festgelegt. Er beträgt für 1 Liter Vollmilch ab Stall 1,45 M. Hierzu tritt ein Transportzuschlag bis zur Verteilungsstelle (Wahnenwagen, Schiff) bis zu 15 Pfg. (frei Abendstunde). Bei Lieferung von Vollmilch darf in allen Fällen ein besonderer Zuschlag von 10 Pfg. gewährt werden, der bei Lieferung nach Groß-Berlin, Potsdam, Brandenburg a. S. und Ebers-

walde, sowie innerhalb der Kreise Ost- und Westhavelland sich um 5 Pfg. erhöht und bei Lieferung nach Groß-Berlin um weitere 5 Pfg. erhöht werden kann, wenn die Milch in gutem Zustande und auch sonst in einwandfreier Beschaffenheit in Berlin eintrifft. Bei Lieferung der Milch durch Bahn oder Schiff frei Bestimmungsort darf eine weitere Erhöhung von 3 Pfg. stattfinden. Wird die Milch sofort nach Ankunft in der Molkerei auf Säure geprüft, durch Zentrifugalkraft oder auf andere einwandfreie Weise gereinigt und sachgemäß pasteurisiert oder mit einem gefäglich zugelassenen Fäherhaltungsmittel vorchriftsmäßig behandelt, so kann ein weiterer Zuschlag von 3 Pfg. gewährt werden. Wird die Milch jedoch noch mit Hilfe von Kühlmaschinen auf etwa 2-3 Grad heruntergekühlt, so kann nochmals ein Zuschlag von 7 Pfg. gefordert werden. Der Erzeugerhöchstpreis für 1 Liter Magermilch oder Buttermilch wird auf 65 Pfg. frei Abendstunde, auf 68 Pfg. frei Bestimmungsort festgesetzt. - Für Molkereibutter, Handelsware I, wird der Erzeugerhöchstpreis für 1 Pfd. auf 17,40 M. für Molkereibutter, Handelsware II, sowie für Butter, die nicht Molkereibutter ist (Bauernbutter) auf 16,40 M. festgelegt. Die neuen Preise treten an Stelle der bisherigen Bestimmungen am 13. März 1921 in Kraft.

Groß-Berlin wird von der Festsetzung des neuen Butterhöchstpreises nicht berührt. Dank der heutigen agrarfreundlichen Ernährungspolitik bekommen wir in Groß-Berlin, trotz der Zwangswirtschaft, Butter überhaupt nicht mehr.

Republikanische Erziehung

Wer am 10. März oder dem folgenden Tage an dem Luisendenkmal im Tiergarten als ahnungsloser Europäer vorbeiging, konnte auch nicht entfernt auf den Gedanken kommen, daß wir im Deutschen Reich in einer Republik leben.

Kranze mit schwarz-weiß-roten Schleifen, niedergelegt von der deutschnationalen Partei, umrahmen den Fuß des Denkmals. In der Mitte der Denkmals-Einfriedigung mehrere in Blumen gerahmte monarchistische Widmungen, wie z. B. die folgende:

Wir halten dem König von Preußen gelobten Einen heiligen Eid. Der König von Preußen ist uns verloren Anselige Zeit. Ich habe dem König von Preußen geboren Drei Knaben, zu helfen im Streit. Wenn einst wieder ein König von Preußen erloren Gelegnet sei künftige Zeit!

Und ringsum Kinder, Mädchen und Knaben der höheren und der Gemeindeg-Schulen, flammweise von ihren Lehrern oder Lehrerinnen hiehergeführt, dem Andenken der „hohen Dulderrin auf dem Königsstuhne“ zu huldiven.

Entsetzt ergriff diese Jugendlehrer, als zwei vorübergehende Genossinnen sich erlaubten, diese nationalstisch-monarchistische Huldivung als mit dem Geist der Zeit unvereinbar zu bezeichnen. „Anerschämtheit“ und „Hergelaufene“ rief eine Lehrerin ihnen zu, womit sie nur bewies, daß die Reaktion in der Lehrerschaft die feste Stütze hat.

Und die Jugend umstand die streitenden Parteien, hörte aufmerksam zu und der Tiergartenwächter fühlte sich bemüht, unsere Genossinnen wegen ihrer berechtigten Bemerkungen vom Denkmalsplatz als Ruhestörer fortzuweisen.

In der Stadivertreterversammlung werden unsere Genossen Gelegenheit haben, anzufragen, auf wessen Veranlassung die Schulkinder klassenweise zur Huldivung der Königin Luise geführt werden und eine entsprechende Kritik daran zu knüpfen. Der preußische Kultusminister Hänisch hätte hier wieder eine schöne Gelegenheit zu einem Erlaß, der von den zuständigen Stellen nicht befolgt wird. Und die Jugend darf weiter zu treuen Monarchisten erzogen werden.

Am Görtlicher Bahnhof.

Donnerstag. Unübersichtbare Menschenmassen am Görtlicher Bahnhof. Etwa 20 Berittene und viele Vollzeibeamte zu Fuß halten „Ordnung“. „Was ist hier los?“ fragen Vorübergehende. Wir wissen es auch nicht, jagen die Einen. Andere geben Auskunft. Der Reichspräsident Ebert war eben da und ist mit dem Zuge abgefahren. Er hat eine patriotische Rede gehalten. Hoch lebe Deutschland, war die Parole. Ganz wie zu Wilhelms Zeiten.

Am Potsdamer Bahnhof.

Simons kommt aus London an. Am Potsdamer Bahnhof große Menschenmengen. Der Zug läuft ein. Große Begrüßung auf dem Bahnsteig. Nur die Ehrenkompanie fehlt. Dann geht nach dem Wagen vor dem Bahnhof. Die Treppen sind dicht besetzt, so daß

Lehrerbuch keinen Außenminister verliert und ihn wieder suchen muß. Ende: Nationalistische Huldivungen. Singen der Nationalhymne: „Deutschland, Deutschland über alles“.

Sonntag, den 13. März.

Die Unabhängige Partei demonstriert gegen Krieg und Völkerverheerung, gegen die Kriegstreiber und Kriegsverbrecher, für Völkereinklang.

Genossinnen und Genossen! Seht der nationalen Hege die Solidarität der Proletarier entgegen.

In der Deputation für Schulwesen wurde der Beschluß gefaßt, folgende Stellen zu schaffen: Für das Volksschulwesen einen Stadtschulrat für die Bezirke 1 bis 6, der zugleich Referent beim Oberstadtschulrat ist, nebst zwei Unterreferenten. Für das höhere Schulwesen einen Stadtschulrat für die Bezirke 1 bis 6, der zugleich Referent beim Oberstadtschulrat ist, nebst einem Unterreferenten. Für das Berufsschulwesen einen Magistratsschulrat nebst drei Unterreferenten, und zwar je einen für die Industrie, Arbeiter- und kaufmännischen Schulen.

Die Brandenburgische Hebammenlehranstalt in Neukölln hat in den wenigen Jahren ihres Bestehens dank der vielseitigen, neuzeitlich zugeschnittenen Einrichtungen auf dem Gebiete der Ausbildung von Hebammen und Säuglingspflegerinnen einen namhaften Aufschwung genommen. Eine gediegene und gründliche Ausbildung der Schülerinnen wird schon aus dem Grunde in jedem Fall gewährleistet, als die Anstalt alljährlich von einer großen Anzahl gebärender Mütter besucht wird, die z. B. im letzten Kalenderjahr über 2500 betrug. Im übrigen ist noch Inbetriebnahme des der Anstalt gegenüberliegenden Mütter- und Säuglingsheims der Stadt Neukölln eine beträchtliche Erweiterung der Lehrgänge für Säuglingspflege in Aussicht genommen. Auch die der Anstalt angegliederte Frauenklinik erfreut sich eines starken Aufschwungs. Die Aufnahmeziffer betrug hier im Jahre 1920 2653.

Lichtenberg. Allen Eltern, denen daran gelegen ist, daß auch in Lichtenberg die weltliche Schule eingeführt wird, haben jetzt noch Gelegenheit für dieselbe zu wirken. Die ausgegebenen Willenserkklärungen müssen ausgefüllt und zur Abholung bereitgehalten werden. Alle Zettel, die bis zum Montag, den 14. März, nicht durch unsere Genossen abgeholt wurden, sind durch die Kinder an die Lehrer zurückzugeben.

Der verurteilte Mordprozess. Der mit großer Spannung erwartete Schwurgerichtsprozess gegen den Kriminellen Adolf Schuster wegen Ermordung des Hausbesizers Hennig aus Schöneberg, vertiel gestern nach kurzer Verhandlung der Verurteilung. Der Angeklagte, der in hohem Fieber liegt, konnte zur Verhandlung nicht vorgeführt werden. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Vincus, richtete schwere Angriffe gegen den Lazaretarzt Dr. Bürger, der angeblich durch Hinausschiebung einer dringend notwendigen Operation den heutigen Zustand des Angeklagten mit verschuldet habe. Es kam bei dieser Gelegenheit zu einem starken Zusammenstoß zwischen dem Verteidiger und dem Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Hartmann, der darauf hinwies, daß es nicht Sache dieses Gerichtshofes sei, Entscheidung über die Operation zu fällen, vielmehr die der Staatsanwaltschaft. Es wurde schließlich dem Verteidiger das Wort entzogen, und der Vorsitzende stellte noch kurz der Öffentlichkeit gegenüber fest, daß der Angeklagte selber eingestanden habe, verschiedene schwere Gegenstände verschluckt zu haben, wodurch sein Leiden hervorgerufen worden sei.

Ein Raubmord in der Mark beschäftigt ebenfalls die hiesige Kriminalpolizei. Wie der Amisvorsitzer aus Sperenberg an der Militärbahn hierher mittelt, ist dort der seit dem 1. März da. So. vermählte Schloffer Adolf Steber aus Klausdorf, gestern in der Arndtschen Schenke, an der Chaussee Klausdorf-Mellen, verscharrt aufgefunden worden. Es liegt zweifellos Raubmord vor. Das Jodett des Ermordeten war an dem Tage seines Verschwindens in der Nähe der Fundstelle der Leiche mit Blut bespritzt aufgefunden worden.

Mißglückter Raubüberfall. Fräulein Anna H., die bei ihren Eltern in der Spreestraße in Charlottenburg wohnt, wurde gestern abend gegen 9 Uhr auf dem Heimwege von drei jungen Burischen im Alter von 18 bis 24 Jahren überfallen. Einer der Räuber entriß ihr die Westtasche und forderte sie energisch auf, den Mantel auszugeben. Zum Glück nahen in diesem Moment Passanten, und auf die Hilferufe der Überfallenen ergriffen die Burischen die Flucht. Sie ließen die geraubte Brieftasche zurück und entkamen im Schutze der Dunkelheit.

Ein gelungenes Stück ist nach Meinung des „Vorwärts“ ein Spielrama aus Oberhessen „Brennendes Land“, das in den Delta-Bühnen, unter den Linden 21, gezeigt wird. Es handelt sich um einen logenannanten Werbefilm für die Erhaltung Oberhessens. In diesem Film wird in schmerzlicher — und noch mehr geistesarmer — Tendenz an die niedrigsten nationalstischen Instinkte eines politisch unreflexionierten Publikums appelliert. Ohne auf Einzelheiten dieses Nachwerks einzugehen, muß ausgedrückt

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermann J. Müller

Copyright by Der Reich-Verlag Berlin-Gelsenkirchen 1921

(Nachdruck verboten)

„Eine ungeheure Menge hatte bloß eine einzige Bedeutung für Peter. Sieden Jahre seines jungen Lebens war er Genosse von Pericles Triam gewesen, hatte mit diesem ganz Amerika durchzogen, „Triams prächtiges peintötendes Mittel“ verkaufend. Sie waren meist im Automobil gefahren, wo immer ein Jahrmarkt, oder eine Versammlung, oder ein Piktural war und sich eine Menschenmenge stautte, da hatte Pericles Triam Halt gemacht, eine große Glocke geläutet und der Menschheit seine Botschaft verkündet — das entdeckte Elitzir des Lebens, die Verbannung der Leiden von der Erde, die Befreiung von allen Schmerzen für einen Dollar die Flasche, die fünfzehn Prozent Opium enthielt. Peter hatte die Flaschen versorgen, das Geld einfließen lassen; deshalb blühte er sich, da er die vielen Menschen sah, gespannt um. Vielleicht scharten sie sich um einen Verkäufer von Hühneraugenpflaster, oder wurde ein Mittel, das Tintenfedern entfernte, verkauft, oder ein Taschenspieler führte seine Künste vor, und Peter konnte sich ihm für ein Sandwich vordringen.

Peter drängte sich durch die Menge, doch war das Verheißungswort, was er erblickte, alles Verkäufer, die kleine amerikanische Fahnen und patriotische Knöpfe mit der Aufschrift: „Erwache Amerika!“ feilboten. Auf der anderen Seite der Straße bemerkte er einen Mann, der, auf einem Fuß stehend, eine Rede hielt, und Peter steuerte auf ihn zu, ließ gegen Rücken, glitt halb aus, bat unentwegt um Entschuldigung, bis er endlich aus dem Gedränge herausgekommen war und sich in einem freien Raum befand, durch den ein Umzug kommen sollte. Blauniformierte Polizisten hielten eine ungeheure Menge zurück. Peter schickte sich an, über den freien Raum zu laufen — im selben Augenblick aber kam das Ende der Welt.

Augenblick abspielen, die Worte jedoch, mit denen es geschildert wird, kommen einzeln, in einer langen Kette. Das Ereignis selbst kann ohne Warnung eintreten, bei der Schilderung jedoch gilt es, das Ereignis vorbereiten, aufbauen, die Erwartung erwecken, zum Höhepunkt gelangen. Wäre die Schilderung der Begebenheit, die das Schicksal auf Peter Gudge losließ, da er gerade die Straße überquerte, auf das eine Wort: „Bum“ beschränkt, in Letztern gedruckt, die fast die ganze Seite einnahmen, auch dann wäre der Druck kaum entsprechend.

Das Ende der Welt, dachte Peter, sobald sein tödlich erschrockenes Hirn wieder eines Gedankens fähig war. Zuerst freilich setzte jedes Denken aus, gab es bloß Gefühl — ein schauerliches Aufbrüllen, als hätte sich die ganze Welt in Löne verwandelt, ein blendendes weißes Licht, als zuckten alle Blitze des Himmels nieder, ein Schlag, der ihn aufhob, als sei er eine Feder, und ihn auf die andere Seite der Straße gegen ein Gebäude schleuderte. Peter fiel auf das Trottoir, ein hilfloser Haufen, taub, geblendet, gelähmt. Dort lag er — wußte nicht, wie lange — bis seine Sinne zurückkehrten und etliche Tatsachen aus der Verwirrung aufzuragen begannen: ein schwacher, grauer Rauch, der auf der Erde zu liegen schien, ein herber Geruch, der Rüstern und Zunge brannte, Schreie, Schluchzen, Stöhnen, Lärm. Etwas lag auf Peters Brust, und er vermeinte zu ersticken. Krampfhaft versuchte er, die Last abzustreifen; seine Hände griffen in etwas Heißes, Feuchtes, Klebriges, und der entsetzte Peter erkannte, daß auf ihm ein verflümmelter Mensch leib liege.

Ja, es war das Ende der Welt. Noch vor etlichen Tagen, da Peter ein gläubiges Mitglied der Ersten Apostolischen Kirche, auch unter dem Namen „Heiligen Koller“ bekannt, gewesen war, hatte er den seelenerlösenden Worten der Offenbarung gelauscht. Deshalb wußte er auch jetzt, dies sei das Ende der Welt, und da er viele Sünden auf dem Gewissen und keineswegs den Wunsch hatte, vor Gott zu erscheinen, blühte er über die Toten und Verwundeten hin und sah vor dem Gebäude eine Reihe Risten stehen, die von den Leuten, die über die Häupter der Menge hatten hinwegsehen wollen, herbeigeschleppt worden waren. Peter kroch bis zu diesen Risten, setzte sich in die eine und verbarg sich dertat vor den Augen seines Gottes.

Blut besetzte ihn, und er wußte nicht, was es das seine oder das anderer. Er dachte vor Angst, seine schiefen Zähne

schlugen gegeneinander, verursachten ein Geräusch wie ein zorniger Specht. Allmählich jedoch ließ seine Angst nach, und Peter erkannte, er habe die Glaubenssätze der Ersten Apostolischen Kirche von American-City nie wirklich ernst genommen. Er lauschte dem Stöhnen der Verwundeten und dem Gebrüll der Menge und versuchte sich klarzumachen, was vorgefallen war. Einmal war in American-City ein Erdbeben gewesen; konnte sich dies wiederholt haben? Oder war in der Hauptstraße jähling ein Vulkan durchgebrochen? Oder war die Gasleitung geplatzt? Und was es nun vorbei oder wird es noch eine Explosion geben? Wird der Rulkan etwa weiter Feuer speien und Peter mißamt seiner Riste durch die Mauern von Guggenheimers Warenhaus schleudern?

Peter wartete, lauschte dem furchtbaren Gematter schmerzgequälter Menschen, die nach Hilfe schrien. Er hörte auch befehlende Stimmen, wußte, dies mußten Polizisten sein, sicherlich werden auch gleich die Ambulanzen kommen. Vielleicht ist er auch verletzt, sollte aus seiner Riste kriechen, sich untersuchen lassen. Jählings erinnerte er sich seines Kampfs gegen eine feindselige Welt geschärft, erkannte blitzartig die Möglichkeiten, die ihm das Schicksal geschenkt hat. Er muß vorgeben, verletzt zu sein, schwer verletzt, bewußtlos, an einem Herdenhof leidend; dann wird man ihn ins Spital bringen, ihn in ein weiches Bett legen, ihm zu essen geben — vielleicht kann er etliche Wochen dort verweilen und erhält auch noch etwas Geld, wenn er das Spital verläßt.

Vielleicht findet er auch im Spital eine Beschäftigung, etwas Leichtes, das bloß Verstand erfordert. Vielleicht benötigt der leitende Arzt eines Menschen, der die anderen Herzie überwacht, damit sie die Patienten nicht vernachlässigen, oder den Pflegerinnen den Hof machen — derartiges kommt ja immer vor; hatte sich auch im Waisenhaus ereignet, wo Peter seine Kinderjahre verbracht hatte, bis er fortgelaufen war. Das Gleiche hatte er auch im Tempel des Jimjumbo erlebt, dem Paschian el Kalandra, der Hauptmagister des eleusnischen Erotismus, vorgestanden war. Peter hatte als Küchenjunge in der Küche dieser mystischen Institution geschäftet und sich langsam hinausgearbeitet, bis er schließlich das Vertrauen Tischbar Altrigos erlangt, welcher der Major-Donus und die rechte Hand des Propheten war.

(Fortsetzung folgt.)

Wer Ereignisse zu schildern versucht, stößt oft auf schier unüberwindliche Schwierigkeiten. Ein ungeheures, unvorstellbares Ereignis kann sich in einem einzigen

werden, daß jeder anständige Mensch von diesem Film angewidert werden muß. Es ist nicht zu verstehen, wie sich namhafte Künstler, z. B. der sehr bekannte Schauspieler Ernst Deutsch, an dem Zustandekommen solches Kinostücks beteiligen können. Der Sache, der die Veranlassung dienen wollen, nähren sie nicht.

Daß der „Vorwärts“ ein so einseitig-nationalistisches Nachwerk als eine gelungene Sache bezeichnen, ist bezeichnend für den nationalistischen Geist, der in ihm herrscht.

**Beschlezung eines Stadtbahnzuges.** Gestern nachmittags gegen vier Uhr erschien der Regierungsekretär Erdmann D. auf der Hermannswache in Neufeld und teilte mit, daß auf den Vollzug Nr. 3993, in der Nähe des Bahnhofs Tempelhof, jedoch ein Schuß abgefeuert worden sei. Er selbst habe in dem Zuge gefessen und die Kugel sei nicht an seinem Kopfe vorbeigegangen und habe eine Fenster Scheibe des Abteils zertrümmert. Die Kriminalpolizei hat sofort die Untersuchung des Verbrechens in die Hand genommen.

**Hungerstreik in Grabowlee.** Der Patientenanstalt teilte mit: Die Augenkranken in der Grabowleeer Heilanstalt traten wegen Nichtzahlung des Kleidergeldes durch die Landesversicherung Brandenburg am 10. März in den Hungerstreik.

Das Hauptverwaltungsamt der Provinz Brandenburg ist nunmehr mit sämtlichen Abteilungen in Berlin-Schöneberg 1, General-Papestraße, (unmittelbar am Ringbahnhof Papestraße), untergebracht. Alle für das Hauptverwaltungsamt der Provinz Brandenburg bestimmten Zuschriften sind an diese Adresse zu richten.

**Krankenernährung in Neufeld.** Zur Vermeidung von Unterbrechungen in der Durchführung der Krankenernährung ist es erforderlich, daß Erneuerungsanträge regelmäßig in der ersten Hälfte des betreffenden Monats bei der Zentralstelle angebracht werden, da andernfalls für eine glatte Erledigung nicht garantiert werden kann. Den Gesuchen sind Richtiges und Weiteres mitzuteilen. Für die im südlichen Teil Neufelds wohnhaften Personen empfiehlt sich die Benutzung der auf dem Grundstück Canner Straße 42 belegenen Katswage. Für Einwohner im nördlichen Teil ist die auf dem Reuterplatz belegene Katswage zuständig.

**Sozialistische Profetarierjugend, Weßen.** Der zu heute, Sonnabend angelegte Kunstabend, muß wegen Erkrankung eines mitwirkenden Künstlers auf Sonnabend, den 19. d. M. verlegt werden. Gelöste Karten behalten ihre Gültigkeit.

## Gewerkschaftliches

### Jüdische Gewerkschaften

Wir kennen wirtschaftsrechtliche Verbände, wie Hirsch-Dundersche, Wertverbände und gelbe, nationalist, wie z. B. die polnischen Berufsverbände in Deutschland und unter religiösem Einfluß stehende Organisationen, wie die Christlichen, die wir an dieser Stelle eben erst gewürdigt haben. Alle diese Gewerkschaften stehen im prinzipiellen Gegensatz zu unseren freien Verbänden, hinter denen ja auch das Gros aller Organisierten steht.

Weniger bekannt sind jüdische Gewerkschaften, die im Gegensatz zu den erstangeführten auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und nicht nur freigeberische Methoden anwenden, sondern auch politisch dem „Jüdischen Bund“ nahe stehen, der bei der Wiener Konferenz vertreten war.

In Palästina haben sich die jüdischen Arbeiter und Beamten der Landesbahnen gewerkschaftlich organisiert, ebenso die Angehörigen der jüdisch-amerikanischen Sanitätsinstitutionen, die sich wieder der „Gesamtgewerkschaft aller Arbeiter Palästinas“ angeschlossen haben. In Palästina gibt es auch drei politische Arbeiterparteien, sogar eine kommunistische, die aber alle jüdisch-nationale Ziele verfolgen und sich heftig untereinander beschaden, ob unter anderem — hebräisch als Landessprache eingeführt werden sollen. Da wir jeden Nationalismus bekämpfen, haben wir auch für diese dreigeteilte jüdisch-nationalistische Politik nichts übrig.

Eigentlich richtige jüdische Klassenkampforganisationen finden wir in den Vereinigten Staaten. Durch den teilweise sehr schweren Eintritt in die amerikanischen „Trade-Unions“-Berufsverbände und ihren oft hohen Eintrittsgebühren, war es den massenhaft aus Rußland fliehenden Juden unmöglich, den Gewerkschaften beizutreten. Um nicht ganz schuflos dazustehen, organisierten sich die jüdischen Proletarier selbst und bilden z. B. in New York ein ganzes Kartell und besitzen ein eigenes Gewerkschaftshaus. — „Labor Temple.“ — Im Gegensatz zu den starren Trade-Unions werden hier niedrige Eintrittsgelder erhoben und auf all den günstigen Formeln verzichtet, den die anderen Verbände ausüben. Diese jüdisch-amerikanischen Verbände umfassen alle jüdischen Berufe vom Steinträger bis zum qualifiziertesten Facharbeiter.

Im allgemeinen werden die jüdischen Arbeiter etwas geringer entlohnt, was zum Teil darauf beruht, daß ihre fachliche Ausbildung der amerikanischen Arbeiter nachsteht. Den jüdischen Gewerkschaften Amerikas liegen aber nationale Forderungen fern. Und wer sich von den jüdischen Gewerkschaften fachlich und sprachlich vervollkommen hat, versucht, schon um des höheren Lohnes willen, in die Trade Unions einzutreten. Dies bezieht sich lediglich auf die Metall- und die ganze Bauindustrie.

In der Bekleidungsindustrie haben die jüdischen Arbeiter fast das Monopol und der größte Teil der Mitglieder sind osteuropäische jüdische Einwanderer. Die „Amalgamated Clothing Workers“ — Schneiderverband — vertritt am energischsten freigeberische und sozialistische Methoden und gehört zu den Elitetruppen für alle sozialistischen Forderungen. Dieser Verband begann schon 1916 um die 48-Stunden-Woche zu kämpfen und hat nun die 44-Stunden-Woche bereits errungen. Hier soll vermerkt werden, daß die 44-Stunden-Woche im Baugewerbe seit vielen Jahren von den Bauarbeitern drüben bereits durchgeführt ist. Der jüdische Schneiderverband steht an der Spitze wirtschaftlicher Kämpfe in Amerika und hat sich trotz widriger Verhältnisse auf Grund seiner zielklaren, bewußten und klugen Taktik durchzusetzen vermocht.

Wenn unsere christlichen Verbände in Europa sich dieses jüdische Vorbild zum Muster nehmen und sich nach dieser Taktik orientieren würden, die Arbeiterschaft als Ganzes würde dabei nur gewinnen.

### Ungerechtfertigte Lohnsteigerung!

Wie sich ein Unternehmen gegen „ungerechtfertigte Lohnsteigerungen“ wehrt, und nach Verbänden sucht, die sich edles Beginnen unterstützen soll, zeigt folgendes Schreiben:

Charlottenburg, im März 1921.

An unsere geehrten Abonnenten!

Die Bewachungsmannschaften unserer Nachtwachgesellschaft kündigen vom 1. April d. J. ab neue unerschwingliche Lohnsteigerungen an. Andernfalls droht zeitgemäß Streik.

Mit Rücksicht auf die außerordentlichen, durch die von uns bewilligten Lohnsteigerungen des Vorjahres und die gedrückte wirtschaftliche Lage bedingten Mehrausgaben müssen wir die ungerechtfertigte Lohnsteigerung diesmal unbedingt ablehnen. Um unserer Abwehr mehr Nachdruck verleihen zu können, bitten wir Sie, in Anbetracht der jahrzehntelangen, beiderseits freis annehmenden Beziehungen mit der geschätzten Einwohnerschaft in diesem Falle um Ihre gütige Unterstützung dahingehend: uns während der Lohnkämpfe

festen vorübergehend die Erfüllung unserer Vertragspflichten zu erlassen, natürlich mit der Maßgabe, daß sie während der Dauer der Unterbrechung von der Zahlung der Wachgebühren befreit bleiben.

Wir werden von diesem Recht selbstverständlich nur im äußersten Notfall und nach rechtzeitiger Ankündigung Gebrauch machen und bitten Sie, die nachstehende, mit Ihrer Unterschrift versehenen Erklärung freundlichst im beigefügten Freiumschlag uns einlefen zu wollen.

#### Schlichtungsamt

Nachtwachgesellschaft für Charlottenburg und die Vororte Berlins m. d. S.

Die dem Schreiben ist gleich ein Formular beigegeben, das der Abonnent nur ausfüllen braucht, falls er mit dem Vorschlag — Bezugs des Bewachungsvertrages — einverstanden ist. Die Angekündigten werden sich natürlich in ihrem Streben nach Verbesserung ihrer Lebenslage durch solche Manipulationen nicht einschüchtern lassen und wenn ein „Streik zeitgemäß“ ist, werden auch nach wie vor nur die Angekündigten entscheiden. Das möge sich diese Gesellschaft sagen lassen.

### Der Schiedspruch des Berliner Holzgewerbes beim Demobilisationsamt

Nach fünfmonatlichen Verhandlungen, die mit den Berliner Holzindustriellen vor dem Demobilisationsamt geführt worden sind, ist nun die Streitfrage bei der letzten Instanz, dem Demobilisationsamt angelangt. Die Wirtschaftslage in der Berliner Holzindustrie ermahnte eine bessere Gestaltung der Entlohnung im Jahre 1920 nicht. Die Krise, die mit großer Heftigkeit in der Berliner Holzindustrie vom Mai bis November vorigen Jahres tobte, brachte naturgemäß auch eine Verschlechterung der Lohnverhältnisse mit sich. Die wirklich gezahlten Löhne waren wesentlich höher als die im Tarif festgelegten, und um hier einen Ausgleich zu schaffen, stellte die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes am 8. November d. J. bei der gegnerischen Organisation den Antrag, die Tarifforderungen um 20 Prozent zu erhöhen. Dieser Antrag wurde von den beteiligten Verbänden der Berliner Holzindustrie abgelehnt. Die Weigerung desselben an das Tarifamt brachte ebenfalls kein Ergebnis, so daß wir nunmehr gesonnen waren, die behördlichen Schlichtungsstellen in Anspruch zu nehmen, und ein Antrag, der an den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin gestellt war, kam am 15. Januar 1921 zur Verhandlung, wo die Arbeitgeber die Zustimmung zu dem Tarifamt anbot, und unter Hinweis auf den Tarifvertrag bewirkten, daß das Reichsarbeitsministerium, auf ihren Wunsch, sich mit dieser Streitfrage befassen sollte. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin lehnte auf Grund dieser Einwände die Zustimmung ab, und so kam es, daß am 27. Januar eine Verhandlung im Arbeitsministerium unter Vorsitz des Herrn Dr. Weigert stattfand. Nach wiederholten Vorschlägen, die von jener Stelle gemacht wurden, konnten auch hier die Arbeitgeber eine verbindliche Erklärung über Lohnzustände nicht abgeben, sondern wollten erst, den vom Unparteilichen gemachten ersten Vorschlag, Gewährung einer Lohnzulage von 5 Prozent für alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 22 Jahren ihren Mitarbeitern „selbstlos vortragen“ — also nicht empfehlen. Ein weiterer Vorschlag des Unparteilichen, 7 1/2 Prozent zu zahlen, wurde grundsätzlich abgelehnt. Selbst als die Verhandlungskommission über den Vorschlag des Unparteilichen keine Entscheidung aus sprach, und derselbe einen weiteren Vorschlag von 10 Prozent machte, konnte die Stimmung der Arbeitgeberkommission nicht beeinflussen. Unsere Vermittlung lehnte den Vorschlag des Unparteilichen, der dann auf 7 1/2 Prozent festgelegt war, ab, und beantragte die weiteren Verhandlungen beim Schlichtungsausschuß, die dann zum 7. 2. 21 angehängt waren. Auch hier versuchten die Arbeitgeber, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Manövern zu arbeiten, und lehnten sich nicht, selbst mit Unwahrheiten zu operieren. Nach hundertmaligen Beratungen kam ein einstimmiger Schiedspruch zustande, der 12 1/2 Prozent auf die bestehenden Tarifforderungen als Zuschlag vorschlug, jedoch in Zukunft allen Facharbeitern über 22 Jahren ein Durchschnittslohn von 6,75 Mark gezahlt werden soll, wogegen der Mindestlohn um 10 Prozent geringer angehängt wurde. Die schmarfmacherischen Holzindustriellen aber lehnten einstimmig jedwede Zuschläge ab. Der Oberstabschef Baech ist sich durch besonders spitzfindige Taktiken hervor. Das Demobilisationsamt setzte zwecks Verbindlichkeitsklärung eine Sitzung am 2. März 1921 an. Die Arbeitgeber beantragten Beratung und sabotierten die Namen Verhandlungen. Nachdem selbst der Vorsitzende ein sah, daß der Widerstand der Arbeitgeber nicht zu brechen war, legte er einen Vergleich fest, der vorschlug, daß auf die bestehenden Löhne 8 Prozent zu zahlen sind. Den Parteien wird aufgegeben, bis zum 15. 3. ihre Stellungnahme dem Demobilisationsamt mitzuteilen. Die Arbeitnehmer gaben die Erklärung ab, daß es nicht Aufgabe des Demobilisationsamtes sei, erneut von den wenigen Zugeständnissen Reduzierungen vorzunehmen, sondern den Spruch des Schlichtungsausschusses verbindlich zu erklären oder abzulehnen. Der Vorsitzende brachte dagegen zum Ausdruck, daß es ihm daran liegt, einen Vergleich herbeizuführen und auf eine friedliche Lösung hinzuwirken. Auch zu diesem neuen Vorschlag verhielten sich die Arbeitgeber grundsätzlich ablehnend. Wenn wir nun das ganze Ergebnis der fünfmonatlichen Verhandlung zusammenfassen, so kommen wir zu dem Schluß, daß auf Grund der Erfahrungen, die wir mit den Berliner Holzindustriellen gemacht haben, diese nur den Wirtschaftsausschuß auf Kosten der Arbeitnehmer vornehmen wollen. Es wird nun an unseren Mitgliedern liegen, in dieser Situation Stellung zu nehmen und den Schmarfmachern der Berliner Holzindustrie bei gegebenem Zeit die Antwort erteilen, welche ihnen gebührt. Eine Generalfammlung, die am 15. März stattfindet, wird die weiteren Schritte beraten. Die Ortsverwaltung des Deutsch. Holzarbeiterverbandes.

### Angestellte der Kartonnagenbranche

Der Tarifvertrag der Angestellten der obigen Branche ist am 28. Februar d. J. vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt für die Gehaltsstufe mit dem 1. August für den Kartelltarif mit dem 3. November 1920. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifvertrages vom 14. Mai 1919 nicht nachträglich außer Kraft. Genaue Auskünfte geben die beteiligten Verbände.

Kla-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

### „U.S.P.“-Fraktion im Holzarbeiterverband

Unter obiger Epithete veröffentlicht die „Rote Fahne“ eine Rotiz unter dem 9. März 1921, in der sie auf die Wahlen der Funktionäre des Holzarbeiter-Verbandes im Bezirk Osten III Bezug nimmt. Ihr Gewährsmann berichtet ihnen, daß am 2. Februar 1921 die gewählte Bezirkskommission, die seit nun aus Kommunisten zusammengesetzt war, seitens der Ortsverwaltung nicht anerkannt und die Wahlen für ungültig erklärt worden sind, und daß die am 1. März erneut zu dieser Frage stattfindende Mitgliederversammlung mit 200 gegen 20 Stimmen die zustandekomme Wahlen für rechtsgültig erklärte.

Folgendes möchten wir feststellen: Schon längst war den Kommunisten die im Osten III bestehende Bezirkskommission, die aus K. P. D. und U. S. P. D. zusammengesetzt war, ein Dorn im Auge, weil der Obmann der Kommission ein U. S. P. D.-Mann war. Der in obiger Rotiz genannte Kollege Klinker machte sich auf die Suche nach einem kommunistischen Obmann. Bei prominenten Vertretern seiner Partei li er allerdings abgewiesen worden; jedoch gelang es, einen „Tüchtigen“ trotzdem zu finden. Es war nun notwendig, eine große Anzahl von Mitgliedern für die Kommission in jener Mitgliederversammlung am 2. Februar in Vorschlag zu bringen, um so die Mehrheit für sich zu erreichen, und den schon längst gehegten Wunsch des Abhaltens des U. S. P. D.-Manns zu ermöglichen. Dieses gelang auch, indem die Kommission, welche jahrzehntelang mit 10 bis 12 Mitgliedern im Bezirk erledigte, nun auf 22 ergänzt wurde. Die Mehrheit war nunmehr für sie gesichert. Ob diese Kommission arbeitsfähig ist oder nicht, spielt im Augenblick keine Rolle. Auch 77 M. Liquidationsgelder, die für nur eine

Kommisionssitzung notwendig sind, ist für die sparlichen Kommunisten gleichgültig. Für sie handelt es sich nur darum, daß die Ortsverwaltung sich selbstständig etablieren Kommission in der Verwaltungssitzung erfolgen sollte, wurde auf Grund eines Protestes der Vertrauensmänner des Bezirkes, die Schlichtung ausgesetzt, und dem Bezirk zur nochmaligen Nachprüfung überwiesen (und nicht die Wahl als solche für ungültig erklärt). Die Mitgliederversammlung des Bezirks Osten III vom 1. März; nahm erneut zu der Sachlage Stellung, und hier hat es sich gezeigt, mit welchen Mitteln gearbeitet wird. Alles was Kommunisten im Osten waren ganz gleich, wo dieselben arbeiten, ist nach dem Bezirk Osten III herangezogen worden. Selbst eine Mitgliederversammlung des Nachbarbezirks Osten II wurde verlagert, um den bedrängten Brüdern zu Hilfe zu eilen! Dieser Akt ist vorzüglich gelungen, denn sämtliche K. P. D.-Korrespondenzen wurden angenommen, trotz des Hinweises auf die nichtstimmberechtigten Mitglieder aus anderen Bezirken.

Hier lassen wir den sachlichen Beobachter, der nicht Phantast ist, darüber urteilen, ob noch die Interessen der Gewerkschaftskollegen verletzten werden oder die einer politischen Parteilinie. Die Mitglieder des Bezirks Osten III haben darüber zu befinden, welche Arbeiten zu leisten für ihren Bezirk notwendig sind.

### Angestellte des Möbelhandels!

Vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin wurde am 8. März über den Abschluß eines Tarifvertrages mit den Holzindustriellen und Möbelhändlern verhandelt. Wieder einmal zeigte es sich, daß die Arbeitgeber nicht willens sind, die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln, sondern sie setzen diesem Ersuchen der Angestellten schärfsten Widerstand entgegen. Es zeigte sich ganz deutlich, daß die Möbelhändler die selbe Schmarfmacher-Mentalität befolgen wie die Holzindustriellen, doch haben die Angestellten des Möbelhandels durchaus kein Verlangen, sich von ihren Arbeitgebern alles bieten zu lassen. Der Beschluß des Schlichtungsausschusses, welcher dahin ging, den Arbeitgebern zu empfehlen, den alten Lohnvertrag wieder in Geltung treten zu lassen und über neue Gehaltsstufe bis zum 24. März zu verhandeln, wird nach den Erklärungen derselben die Zustimmung weder der Holzindustriellen, noch der Möbelhändler finden. Wir weisen die Angestellten des Möbelhandels nunmehr darauf hin, daß ihre Arbeitgeber verpöblich sind, auf Grund des verbindlich erklärten Tarifvertrages im Einzelhandel die Gehalts- und Arbeitsbedingungen zu regeln und bitten die Kollegenschaft, in allen Fällen, wo dieses Ersuchen abgelehnt wird, sich an uns zu wenden, damit wir die Durchführung dieses allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages erzwingen.

Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe Holz.

### Sabotierung des Schlichtungsausschusses

Dem Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes wird uns geschrieben:

In der letzten Zeit mußte die Kammer 100 (Buchhandel und Zeitungsgewerbe) des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin am Tage des Zusammentritts sich erst verovollständigen, da die Arbeitgeberbeisitzer nicht vollständig erschienen waren. Kurz vor der Einladung zum Termin erfolgte von diesen Ablehnung der Ausübung der angetragenen Funktionen. Außerordentlich interessant ist dabei nun, daß gerade die Arbeitgeberbeisitzer aus dem Zeitungsgewerbe fast immer ablehnten. Dafür sind dann die Vertreter von Firmen des Zeitungsgewerbes um so rücksichtsloser in der Verhandlung, indem sie auf Formalitätsfragen herumreiten, und bei dem geringsten Verstoß die Kammerbesetzung ablehnen. Sie tun dies in besonderer Weise, wenn bei ihrem Streikfall kein Beisitzer aus dem Zeitungsgewerbe teilnimmt. In dieser Sache scheint es sich um einen Vorschlag zu handeln, daß erstens einmal die Kammerbeisitzer aus dem Zeitungsgewerbe ablehnen, an der Verhandlung teilzunehmen, weiter aber dann die Parteimitglieder des Zeitungsgewerbes, wenn für die „verbündeten“ Beisitzer solche aus anderen Sparten des vierfachen Hinsitzesogen werden, die erklären, nicht in die Verhandlungen einzutreten. Ob hier eine gemollte Ergänzung vorliegt? Jedenfalls muß von der Geschäftsführung des Schlichtungsausschusses mit allem Nachdruck darauf hingewirkt werden, daß derartige Vorfälle, die sich ständig wiederholen unterbinden werden. Es müßte klipp und klar festgelegt werden, daß Einwände formaler Art, wie sie ständig von den Parteimitgliedern des Zeitungsgewerbes angewandt werden unzulässig sind, wenn der Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgewerbe nicht solche Beisitzer stellt, die pünktlich und pflichtgemäß ihr Amt ausüben. Das Ansehen des Schlichtungsausschusses leidet ganz erheblich bei derartigen Vorkommnissen, erwerbend kommt aber noch hinzu, daß die klagenstrengenden Arbeitnehmer niemals zu ihrem Recht kommen bezw. das Verfahren so hinausgezogen wird, daß eine schnelle Erledigung des Streitfalles, die eigentlich durch das Schlichtungswesen gewährleistet sein sollte, illusorisch wird.

### Aus den Organisationen

Sonnabend, 12. März

12. Bezirk, Arbeiterkammer für die Jugendbewegung am 20. März hat zu haben bei Hofmann, Köpenick Str. 8.  
Charlottenburg, Abends 5 Uhr Reichshilfsausstellung im Volkshaus, 117 7 Uhr Sitzung Jüdischer Gruppenleiter.  
Hilfens, Klein-Schönholz, Abends 8 Uhr 15 Minuten im Kulturhaus, 117 7 Uhr Sitzung Jüdischer Gruppenleiter. Referat des Gen. Einle über die allgemeine politische Lage und die sich daraus für unsere Partei ergebenden Folgerungen.

Sonntag, 13. März

Reichshilfsausstellung, Abends 8 Uhr 15 Minuten im Kulturhaus, 117 7 Uhr Sitzung Jüdischer Gruppenleiter. Referat des Gen. Einle über die allgemeine politische Lage und die sich daraus für unsere Partei ergebenden Folgerungen.

Montag, 14. März

4. Bezirk, 12. Abteilung, Abends 8 Uhr wichtige Funktionärsitzung bei Schlichter, Köpenick, 23.  
Verkehrsverein Weiden, Abends 8 Uhr beginnt in der Schulstra 15 14 der zweite Parteitag des Arbeiter-Clubs Weiden bei den Eltern Dr. Köpcke über Aufbau der Familie und soziale Auffassung der Jugend. Kein Vater und keine Mutter darf es vermissen, hierzu teilzunehmen. Der Preis beträgt 50 Pfg. für den Abend. Arbeitslos! Teil!

### Bereinskalendar

Arbeiter-Klub Weiden, „Solidarität“, Spartenabend, Sonnabend, 12. März, Abends 7 Uhr, Sitzung bei Heinrich, Köpenick, 7. — Tausch für Sonnabend, 12. März, 1. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung, 2. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 3. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 4. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 5. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 6. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 7. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 8. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 9. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 10. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 11. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 12. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 13. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 14. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 15. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 16. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 17. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 18. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 19. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 20. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 21. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 22. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 23. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 24. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 25. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 26. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 27. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 28. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 29. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 30. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 31. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 32. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 33. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 34. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 35. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 36. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 37. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 38. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 39. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 40. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 41. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 42. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 43. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 44. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 45. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 46. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 47. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 48. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 49. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 50. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 51. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 52. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 53. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 54. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 55. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 56. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 57. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 58. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 59. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 60. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 61. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 62. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 63. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 64. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 65. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 66. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 67. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 68. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 69. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 70. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 71. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 72. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 73. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 74. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 75. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 76. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 77. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 78. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 79. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 80. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 81. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 82. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 83. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 84. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 85. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 86. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 87. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 88. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 89. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 90. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 91. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 92. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 93. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 94. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 95. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 96. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 97. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 98. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 99. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick); 100. Abt.: Jüdische Arbeiterbewegung (Köpenick).

Sonnabend, 12. März

Freie Schreiner-Gewerkschaft, Abends 7 Uhr Sitzung bei Geroldstraße 10, Köpenick.

Sonntag, 13. März

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Section 5, Industriearbeiter, Abends 7 Uhr allgemeine Betriebsmitarbeiter-Versammlung im großen Saal der Wagenfabrik, Köpenick, 24. Tagesordnung: 1. Entlohnung und Lohnforderungen; 2. Wahl der Betriebsleitung und Wahl des Repräsentanten sowie der Vertrauensmänner; 3. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 4. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 5. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 6. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 7. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 8. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 9. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 10. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 11. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 12. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 13. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 14. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 15. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 16. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 17. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 18. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 19. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 20. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 21. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 22. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 23. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 24. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 25. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 26. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 27. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 28. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 29. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 30. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 31. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 32. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 33. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 34. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 35. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 36. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 37. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 38. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 39. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 40. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 41. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 42. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 43. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 44. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 45. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 46. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 47. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 48. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 49. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 50. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 51. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 52. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 53. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 54. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 55. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 56. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 57. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 58. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 59. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 60. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 61. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 62. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 63. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 64. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 65. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 66. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 67. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 68. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 69. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 70. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 71. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 72. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 73. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 74. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 75. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 76. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 77. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 78. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 79. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 80. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 81. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 82. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 83. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 84. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 85. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 86. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 87. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 88. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 89. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 90. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 91. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 92. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 93. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 94. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 95. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 96. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 97. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 98. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 99. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 100. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter.

Montag, 14. März

Freie Schreiner-Gewerkschaft, Abends 7 Uhr in der Aula des Reichshilfsausstellungsausses, Köpenick, 24. Tagesordnung: 1. Entlohnung und Lohnforderungen; 2. Wahl der Betriebsleitung und Wahl des Repräsentanten sowie der Vertrauensmänner; 3. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 4. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 5. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 6. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 7. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 8. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 9. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 10. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 11. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 12. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 13. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 14. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 15. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 16. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 17. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 18. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 19. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 20. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 21. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 22. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 23. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 24. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 25. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 26. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 27. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 28. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 29. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 30. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 31. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 32. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 33. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 34. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 35. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 36. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 37. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 38. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 39. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 40. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 41. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 42. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 43. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 44. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 45. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 46. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 47. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 48. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 49. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 50. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 51. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 52. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 53. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 54. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 55. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 56. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 57. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 58. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 59. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 60. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 61. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 62. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 63. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 64. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 65. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 66. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 67. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 68. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 69. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 70. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 71. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 72. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 73. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 74. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 75. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 76. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 77. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 78. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 79. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 80. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 81. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 82. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 83. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 84. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 85. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 86. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 87. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 88. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmitarbeiter; 89. Einweisung der Mitglieder der Gruppe und der einzelnen Betriebsmit



# Der Ankläger als Verteidiger

## Pfeffer!

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

W. Stargard, 11. März.

In Hinterpommern wächst bestimmt kein Pfeffer, aber der Wein blüht für die Pfefferleute. So ist es auch zu verstehen, daß der Staatsanwalt, der Vertreter der Anklage gegen den Freikorpsführer Pfeffer, den als Verteidiger fungierenden Rechtsanwalt vorgriff und dessen völlige Ueberflüssigkeit in zwingendster Form nachwies.

Ein halbes Duzend Zeugen war zwar noch nicht vernommen und Zeuge Rahold sollte zur weiteren Vernehmung erst später eintraffen. Aber Ankläger und Angeklagte waren beide der Ueberzeugung, daß darauf verzichtet werden könne. Also begann der Ankläger mit seiner sorgsam aufgeschriebenen, vielleicht schon

von Berlin mitgebrachten „Anklagerede“.

Er begann mit einem Ausdruck eines römischen Historikers. Dieser sagte von seiner Zeit, daß sie nur Blut für Kleines und Nichtiges habe, das Große und Bewegende aber nicht erkenne. In dieses Wort will sich der Staatsanwalt bei diesem Prozeß unwillkürlich erinnern haben. Auch in Deutschland sei man heute geneigt, über den Kleinen Dingen im Innern die weltbewegenden Vorgänge im Außen zu übersehen. Damit verriet der Ankläger schon von vornherein, welche nichtige Bedeutung er seiner eigenen Anklage zumah und wie vollständig er seine Aufgabe verkannte.

Abfälligkeit oder aus Unvermögen? Für den Staatsanwalt war der Angeklagte jedenfalls nicht Pfeffer, sondern die Linkspresse. Gegen sie zog er mit seiner ganzen Leidenschaft vom Leder. Ohne alle Unterlagen habe sie einen in dieser Zeit von geradezu

wohltunendem Idealismus befallenen Mann

einer Tat verdächtigt, die nur mit Zuchthausstrafe ihre Sühne finden könnte. Schwarz auf weiß lasse sich schnell herstellen. Alles, was diese Presse über Pfeffer berichtet habe, seien Phantasieerzeugnisse.

Von dieser Feststellung ausgehend, versuchte der Staatsanwalt alle irgendwie belastenden Momente zu verpuffen. Nichts blieb nach seiner Auffassung mehr übrig. Alles war vollkommen in Ordnung. Auch die bekannten Zeichnungen in die Karten ließen keine Rückschlüsse auf eine militärische Organisation zu. Das Wort „Abchnitt“ sei auch gar keine militärische Bezeichnung. Auch daß unter den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft

militärische Kreden üblich waren,

daß man von Stäben und Kompagnien sprach, hat nichts weiter auf sich. Das war nur eine „Nachwirkung“ jahrelanger Gewöhnung und Disziplin. Waffen seien in keinem einzigen Fall nachgewiesen worden. Daß Einwohnerwachen im Besitze von Waffen sein könnten, habe mit Pfeffer nichts zu tun und wenn das Vorhandensein von Waffen auch erwiesen wäre, so sei doch noch nicht erwiesen, daß diese zu einem Rechtsputsch bestimmt sind. Es blieben nur noch die chiffrierten Telegramme, in denen von „Sekt“ und „Masse“ die Rede war. Das seien allgemein üblich gewordene Bezeichnungen, aber auch sie ließen keinen Rückschluß auf eine militärische Organisation zu. Und was endlich die von Pfeffer an seine Leute bezahlten täglichen Geldzulagen anbelangt, so bestanden auch sie nur die Verteilung von Fahrtauslagen dar und könnten nichts Belastendes ergeben. Endlich sei es doch nur anerkennenswert, daß sich Pfeffer auch um die Kleidung seiner Leute bemüht und diesen Drillzeug und Stiefel beschafft habe.

Kein Engel ist so rein!

Das sagte der Staatsanwalt zwar nicht, aber es bildete den großen Unterton seiner Rede. Und schon wollte er auf Freisprechung plädieren, als der Zeuge Rahold erschien. Der Staatsanwalt bricht ab und Rahold tritt vor das Zeugenpult. Aus seiner Tasche legt er Papiere vor. Energisch vermahnt er sich gegen die in den Presseberichten enthaltenen Verdächtigungen, als habe die „Freiheit“ in ihren Veröffentlichungen leichtfertig gehandelt. Sie habe sich nicht auf das Material von Henberg und Bünnemeier gelehrt. Wenn über diese Zeugen abfällig geurteilt werden müsse, so sei das doch nur kompromittierend für jene, welche mit diesen Leuten gearbeitet haben. Der Vorsitzende unterbricht den Zeugen. Seine Aussagen würden den Rahmen einer Zeugenvernehmung überschreiten. Rahold betonte,

daß in diesem Prozeß dauernd Angriffe gegen die Redaktion geführt worden seien. Die „Freiheit“ stehe hier nicht unter Anklage und es müsse ihm das Recht eingeräumt werden, die Angriffe zu widerlegen.

Weder der Staatsanwalt, noch das Gericht, noch der Angeklagte, könne die Echtheit irgendeines Dokumentes abstreiten.

Rahold bittet den Vorsitzenden, dies vor aller Öffentlichkeit festzustellen. Der Vorsitzende kommt diesem Wunsch nach.

Rahold entfaltete darauf Originaldokumente, aus denen einwandfrei hervorgeht, daß die Arbeitsgemeinschaft Pfeffer militärisch organisiert war und auch Verbindungen zu anderen Freikorps hatte. Grobenteils waren ihm diese Schriftstücke von einem Herrn überbracht worden, über den er das Redaktionsgeheimnis zu wahren verpflichtet sei. Dieser habe unter anderem berichtet, daß es im

Pfefferschen Hauptquartier

in Arnswalde kaum weniger toll zugegangen sei wie im Stappengebiet von Charleville.

Dem Vorsitzenden sind diese Papiere fast nur lästig. Er wirft Rahold vor, durch deren verspätete Vorlegung die Untersuchung nur erschwert zu haben. Er will es sogar merkwürdig finden, daß die „Freiheit“ nicht alle derartigen Dokumente hübsch in einem „Akt“ geordnet angelegt habe, worauf ihm Rahold aber prompt erwiderte, daß die „Freiheit“ durch verschiedene Hausaufgaben und Ueberfälle vor einer derartigen hübschen Registrierung der Akten gewarnt sei.

Nach einigen weiteren Zwischenfällen erklärt der Vorsitzende die Beweisaufnahme für endgültig geschlossen und der Staatsanwalt fährt in keinem Plädoyer fort. Er sieht auch in den neu vorgelegten Dokumenten

keine Beweise.

Die Angaben Raholds würden größtenteils nur auf Mitteilungen von dritter Seite beruhen, der hier nicht als Zeuge aufgetreten sei. Er schließt: „Es liegt nichts vor, was den Angeklagten irgendwie belasten könnte. Die gebrauchten militärischen Ausdrücke verkenne ich nicht, sie erklären sich aus der jahrelangen Gewohnheit der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft. Ich beantrage daher Freispruch des Angeklagten.“

Was der Verteidiger durch noch zu sagen hatte, wissen wir nicht. Seine Rede war ihm durch den Vertreter der Anklage in allen Punkten vorweggenommen. So hat den Pfefferleuten der Prozeß in Stargard wenigstens die Lehre gebracht, daß die Stellung von Verteidigern in Zukunft überflüssig ist. Die Anwaltsstellen können sie sich fürderhin ersparen. Die weitere Lehre besteht in dem Nachweis der völligen Ueberflüssigkeit der Staatsanwälte selbst, denn weit davon entfernt, etwa selbst nach belastenden Momenten zu spähen, siehe der Staatsanwalt Rahold seine ganze Kraft darauf ein, das vorliegende Material zu erdrücken und eine

Anklagerede gegen die Linkspresse

zu halten, wobei die Presse selbst nur als Zeuge auftreten und keine Widerrede erheben durfte. „Beschäftigung mit Politik macht kritisch“, meinte der Staatsanwalt. Für keine Person hat er den schlagenden Beweis hierfür erbracht. Daß er sich auch noch auf die anerkannte Objektivität der deutschen Richter berief, wirkte wie eine blutige Selbstverhöhnung.

Den Verteidiger hörten wir nicht mehr an. Das vom Staatsanwalt begehrte „salomonische Urteil“ stand nach seiner Verteidigerrede für Pfeffer von Salomon von vornherein fest.

Am Bahnhof von Stargard war eben großer Empfang der Oberstaatsanwältin. Die Militärkapelle spielte „Deutschland, Deutschland über alles“ — Klang es uns bei der Abfahrt nach ...

## Justizetat

In der Freitag-Sitzung des Hauptausschusses gelangte der Justizetat zur Beratung. Dabei war charakteristisch, daß der Berichterstatter lediglich über eine neue Dampflok-Anlage im Reichsgericht Bericht erstattete. Offenbar schien ihm sonst in der Justiz nichts verbesserungsbedürftig zu sein.

Diesem Mangel haß Genosse Dr. Rosenfeld ab. Er führte aus: Wann wird endlich das vom Justizminister längst angekündigte Gesetz über die Jugendgerichtsbarkeit

dem Hause vorgelegt werden? Wie weit sind die Prozesse gegen die Kriegsverbrecher? Man hört von diesen Prozessen gar nichts mehr. Das Volk fordert, daß die Kriegsverbrecher endlich geurteilt werden. Die Militärgerichtsbarkeit ist abgeschafft, die verurteilten Soldaten müssen aber immer noch in Militärgefängnissen, nicht in Zivilgefängnissen, ihre Strafe verbüßen. Gerade in Militärgefängnissen aber sind die schlimmsten Mißstände vorhanden.

Die Justiz sängt jetzt an, gegen sozialistische Zeitungsredakteure mit scharfen Strafen vorzugehen. Der „Zeiter Volksbote“, das Organ der U. S. V. D., kritisierte mit Recht das Raumburger Urteil, durch welches vierzig Arbeiter zu 75 Jahren Zuchthaus und 13 Jahren Gefängnis verurteilt wurden, als Aufruhr der Klassenjustiz. Wegen formaler Beleidigung wurden zwei sozialistische Redakteure zu 3 bzw. 1 Monat Gefängnis verurteilt, wohl das erste Mal nach der Revolution, daß sozialistische Redakteure wegen Verhöhnens mit Gefängnis bestraft wurden. Ein Zeichen der Zeit! In diesen Prozessen erklärte der Staatsanwalt erstauflüchlerweise, daß das „Berliner Tageblatt“ und die „Frankfurter Zeitung“ nicht als bürgerliche Zeitungen angesehen seien. Was gedenkt der Justizminister gegen solche Zustände zu unternehmen?

Geheimrat Joel: Das Jugendgerichtsbarkeitsgesetz wird in nächster Zeit im Reichstag beraten werden. In den Prozessen wegen Kriegsverbrechen ist jetzt in einer Sache Anklage erhoben, in mehreren anderen steht der Abschluß der Untersuchung bevor. In einigen Wochen wird die erste Hauptverhandlung stattfinden. Kurzfristige Strafen gegen die Soldaten werden immer noch durch die Militärbehörden vollstreckt. Die kritisierten Urteile lenne ich nicht. Erst wenn der gesamte Sachverhalt bekannt ist, kann ich zu den Urteilen und zu der Stellungnahme des Staatsanwalts mich erklären.

Dr. Rosenfeld: Wir müssen verlangen, daß das Jugendgerichtsbarkeitsgesetz vorgelegt wird. Es ist ein Skandal, daß nur in einer einzigen Kriegsverbrecherfrage

die Anklage jetzt endlich erhoben worden ist. Auch kurzfristige Strafen, die gegen Soldaten verhängt sind, müssen in den Zivilgefängnissen vollstreckt werden. Das ergibt sich ohne weiteres aus der Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit. Ich erwarte, daß der Justizminister das Urteil, das ich kritisiert habe, prüft.

## Aus dem Beamtenauschuß

Das Ortsklassenverzeichnis stand heute zur Diskussion. Nicht etwa die fertige Vorlage, sondern die Mittelung, daß die Vorlage nicht vor Juni oder Juli zu erwarten sei. Die Genossin Zieg verlangte angesichts dieser Tatsache, daß der Ausschuss Stellung nehmen solle zu den Grundfragen, nach denen das Ortsklassenverzeichnis aufzustellen sei. Es müsse die Zahl der Ortsklassen verringert und die Ortsklasseneinteilung nach Wirtschaftszweigen erfolgen. Es dürfte die Ortsklasseneinteilung auch nicht mehr abgestuft werden nach den Gehaltsklassen, wodurch die soziale Ungerechtigkeit der Gehaltsklassen noch verstärkt werde.

Auch die Bürgerlichen hielten die Zahl der Ortsklassen viel zu hoch, befürworteten aber trotzdem, ohne den vorläufigen Entwurf zu kennen, die Regierung zu ermächtigen, daß nach diesem Entwurf ausgezahlt und erst nachträglich das Definitivum vom Reichstag beraten werde.

Genossin Zieg erklärte demgegenüber, daß jedes Provinzialparlament ein Bollwerk gegen weitere Verbesserungen darstelle, denn die Regierungsparteien stemmen sich alsdann mit aller Macht gegen weitergehende Vorschläge, wie wir es beim Besoldungsgesetz erlebten. Mit sehr verdächtiger Eile und großer Energie leiten sich die Zentrumsabgeordneten Dr. Hölle und Meckel für die Unterbrechung des Provinzialparlaments ein. Genossin Zieg und Gen. Bräunig beantragten, daß der Gutachterauschuß der Beamten zu hören sei, bevor der Ausschuss über die Anwendung des Provinzialparlamentes abstimme. Bürgerliche und Rechtssozialisten stimmten dagegen. Auf Beschluß der Bürgerlichen soll der Reichstag veranlaßt werden, der Anwendung des Provinzialparlamentes ohne eigene Kenntnisnahme zuzustimmen. Das mögen sich die Beamten merken.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rahold, Berlin. Verantwortlich für den Verlagsbetrieb: Ludwig Komersarow, Karlsruhe. — Verlagsgemeinschaft „Freiheit“, G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“: Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

**GAID ROAL**

Die guten **MASSARY** Zigaretten

URTEILEN SIE SELBST!

KON LINON

**Herren-Garderobe**

Anzüge, Paletots, Raglans, Uister

1-80te Auswahl, besonders preiswert, bei bequemster Teilzahlung

**Beiser, Lothringers Straße 87.**

**Alle bekannte Möbelfabrik,**

liefert vertrauenswürdigem Kunden unter der Bedingung gegenseitiger Diskretion

**komplette Wohnungseinrichtungen**

zu günstigen Zahlungsbedingungen

Schiffen unter V. 70 a. Exp. 3. „Freiheit“, Berlin C 2

**Der Skijensverleih-Apparat „Herkules“**

dieser den größten Schutz gegen Diebstahl, Schneefall, u. blühender Verschleiß. Kein Hagel mehr, kein Zerbrechen der Röhren auf dem Transport und bei m. Defekt.

Berlin N 50, Spandauer Str. 13  
Telefon: 11044

Buchhandlg. „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Für die demnächst stattfindenden Neuwahlen der Betriebsräte empfehlen wir

**Das Gesetz über Betriebsräte**

mit Wahlordnung und Anhang.

Erläutert von G. Ruffhauer. / Preis 4 M.

**Wahlordnung zum Betriebsrätegesetz**

Preis 50 Pfennig.

**Der Betriebsobmann im Kleinbetrieb**

Von Rudolf Weck, Arbeitersekr. Preis 2.50 M.

**Holzschrauben**

Werkzeug- u. Konstruktions- schrauben, 16. (letzte) Auflage in 17 Halblebendbänden verkauft Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 8-9.

**Oster-Geschenke**

**Gute Bücher**

mit gediegenes Inhalt, in vornehmer Ausstattung

**sind die besten Geschenke**

Welche Auswahl! Hier ist die

**Soeben erschienen!**

**Russische Korrespondenz**

Jahrgang II, Nr. 1/2

**Inhalt:** Karl Hasek: An der Schwelle der großen Aufgabenarbeit in Sowjet-Russland / H. Vrinat: Die auswärtige und innere Politik Sowjet-Russlands / H. Kowalew: Wirtschaftliche und Wirtschaftswissenschaften Sowjet-Russlands / M. Sinowjew: Der Ausbau der Sowjets und die Bekämpfung des Burenkritismus / G. Kruschtschomow: Die Elektrifizierung Sowjet-Russlands / E. Trotski: Die Lösung des Transportes / Genschanow: Die Fragen des Transportes / Weichsel des VIII. Allrussischen Sowjetkongresses / Prof. E. Wargal: Die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsplans in Sowjet-Russland / A. Zepanow: Ueber ausländische Konstellationen / A. Berlin: Die Landwirtschaft / E. Trotski: Ein neuer Zeitabschnitt — neue Aufgaben / Uranowski: Die Sowjets und ihre Entwicklung in den Jahren 1917-1920 / A. Swiderski: Drei Jahre Rede umittelbarer Vorgänge / Prof. E. Wargal: Die Kapitalfrage im revolutionären Russland / H. Dörschki: Die landwirtschaftliche Krise und der sozialistische Aufbau auf dem Lande / H. Swirelow: Staatliche Organisationen der Produktionsgenossenschaften / E. Trotski: Zur Frage der Organisation der Arbeit / H. Kowalew: Verfassung und Verfassung / H. Kowalew: Die Evolution der nationalen Frage in Sowjet-Russland / H. Kowalew: Die Evolution der nationalen Frage in Sowjet-Russland / H. Kowalew: Die Evolution der nationalen Frage in Sowjet-Russland / H. Kowalew: Die Evolution der nationalen Frage in Sowjet-Russland

122 Seiten — Preis 4.50 M. rk

**Zu beziehen durch: Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig**

**Voranzeige:**

In den nächsten Tagen erscheint

**Handbuch für Betriebsräte**

Von Rud. Weck, Arbeitersekr. in Königsberg Pr.

**Unentbehrlich für Betriebsräte, Obleute, Gewerkschaftsfunktionäre und Beisitzer von Schlichtungsausschüssen.**

Preis für die Organisationen 10.— Mark (im Buchhandel 15.— Mark).

Buchhandlg. „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2  
Breite Straße 8-9